

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

20 (25.1.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 8 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei der Nichterhaltung des Zahlungsgeldes, bei gerichtlichem Betrug und bei Konten unter Arrest tritt o. Erklärungs- und Gerichtsbeschluss in Karlsruhe i. D. o. Schluss der Anzeigen-Vermittlung 8 Uhr vormittags

Untere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1.70 Mark, jährlich 41 Pfg. Tagesverkaufspreis 1.00 Mark o. Durch die Post 2.30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. D., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Mitteilungen, Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdhausstr. 12; Kallert, Holtenauerstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 20

Karlsruhe, Montag, den 25. Januar 1932

52. Jahrgang

1 Jahr Kreditverlängerung

Erholungsfrist als Ergebnis der Stillhalterverhandlungen - Wird Deutschland und die Welt diese Zeit nützen?

Ueber die nunmehr erfolgreich beendeten Stillhalterverhandlungen — ohne die dauernden Erschütterungen der Innen- und Außenpolitik Deutschlands wäre das Resultat zweifellos günstiger geworden, wenn auch das vorliegende Ergebnis wenigstens den schärfsten akuten Druck beiseitigt — meldet das WTB:

Nach langwierigen und komplizierten Verhandlungen zwischen Vertretern ausländischer Gläubigerbanken und Mitgliedern des deutschen Schuldenauschusses ist ein als

„Deutsches Kreditabkommen 1932“

bezeichnetes Abkommen zustande gekommen, das die Rechtsbeziehungen zwischen den ausländischen Bankgläubigern und den privaten Schuldern kurzfristiger Kredite im Sinne einer

Aufrechterhaltung dieser Kredite für ein weiteres Jahr regelt. Der Abschluss ist von Auslandsseite an die Voraussetzung geknüpft, daß die deutsche Wirtschaft in bisheriger Weise die Durchführung des Abkommens sichert.

Von dem Abkommen werden

alle kurzfristigen ausländischen Verbindlichkeiten deutscher Banken, Handels- und Industriefirmen betroffen, und zwar auch die erst nach dem 1. 3. 1932 während der Dauer des neuen Abkommens fällig werdenden Verbindlichkeiten. Das Abkommen sieht keine festen Verzugsstrafen vor, beginnt aber mit einer Rückführung der unbenutzten Kreditlinien. Zusammenfassend ist festzustellen, daß das Abkommen trotz einer gewissen, bei solchen Verträgen kaum vermeidbaren Komplexität mancher Einzelbestimmungen doch einen

tragbaren Ausgleich

der Interessen darstellt zur Aufrechterhaltung und Fortführung der internationalen Handels- und Kreditbeziehungen. Naturgemäß wird das Gelingen der Durchführung des neuen Abkommens in erster Linie von der

verständnisvollen Zusammenarbeit

auf Gläubiger- wie auf Schuldnerseite abhängen.

Zu dem neuen Stillhalteabkommen, das heute zustande gekommen ist, haben die

ausländischen Gläubigerbanken einen Bericht

verfaßt, in dem u. a. betont wird, daß eine Stärkung des allgemeinen Kreditwesens in Deutschland und insbesondere der Reichsbank im eigenen Interesse der Gläubiger liegt. Ihre Politik müsse darin bestehen, die Reichsbank und die

Stabilität der deutschen Währung zu schützen.

Die Höhe der von dem neuen Abkommen umfaßten Kredite dürfte etwa 5,36 Milliarden Mark

betragen. Bei einer Rückkehr normaler Verhältnisse werde es nach Ansicht der ausländischen Gläubigerbanken für ein so großes Land wie Deutschland nicht schwer sein, eine kurzfristige Verschuldung in derartiger Höhe zu tragen. Am Schluss des Berichtes heißt es, daß die kurzfristigen Gläubiger alles Mögliche getan haben, um Deutschland

für die nächsten zwölf Monate eine Zeit der Erholung zu gewähren. Die ungeheuren Kräfte einer Regeneration, welche die deutsche Wirtschaft besitze, würden bei einer Besserung der Weltwirtschaftslage sofort offenbar werden, und man müsse daher getriebsmäßig fordern, daß die Hindernisse für eine derartige Entwicklung entfernt werden. Dies könne nur durch eine positive Aktion der Regierungen und der Völker in einer

Sphäre internationaler Zusammenarbeit

geschehen, und man sollte hierbei, wie sowohl in dem Lausanne-Bericht als auch in dem Bericht des Baseler Sachverständigenausschusses ausgeführt ist,

keine Zeit verlieren.

Die gegenwärtige ungeheure Wirtschaftskrise sollte allen Völkern der Erde erneut die Tatsache vor Augen führen, daß alle Länder gemeinsam reich werden. Eine Erleichterung der bisherigen Belastung und eine größere Beweglichkeit seines Handelns, die den Wohlstand eines Landes erhöhen, würden auch allen anderen Ländern zu Gute kommen.

Dr. Eckener gegen

nationalsozialistische Volkszersetzung

Deutsch-französische Verständigung als das Gebot der Stunde

WTB, Berlin, 23. Jan. Im Rundfunk sprach heute im Rahmen der Vortragsreihe „Deutsche Not — deutsche Hoffnung“ Dr. Hugo Eckener über die politische Forderung der Stunde. Er führte u. a. aus: Mehr als je sei es jetzt nötig, die politischen Vorgänge nicht durch die Parteibrille zu sehen.

Es gebe aber Volksteile, die gerade jetzt die Gelegenheit fürünftig hielten, dem Kanzler aus parteipolitischen Gründen ein Bein zu stellen.

Dr. Eckener wies auf gewisse Nachteile hin, die durch eine Schwächung der Autorität Dr. Brüning's für die deutsche Außenpolitik geltend machen können, und wandte sich mit Nachdruck gegen den Vorwand, verfassungsrechtliche Gründe hätten eine Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg durch eine qualifizierte Parlamentsmehrheit nicht erlaubt. Es sei nicht klug, zu sagen, Französisch wolle uns ruinieren. Richtig sei vielmehr — im Gegensatz zu dieser gefährlichen Vernichtungslehre — eine deutsch-französische Verständigung wirklich anzubahnen ihre Möglichkeiten zu studieren, ihre Notwendigkeit einzusehen. Dann könne man auf die moralische Unterstützung von Seiten anderer Großmächte rechnen. Die weltwirtschaftliche Verflechtung, die raumüberbrückenden Kräfte der Technik bildeten ein Gewebe, aus dem die Völker nicht mehr herauszutreten könnten. Gerechtigkeit, Vernunft und Verantwortungsgesühl müßten sich durchsetzen. Der Glaube an sie berechtige zum Glauben an Deutschlands Zukunft.

Weltkrisis und Reparationsfrage

Zürich, 24. Jan. Der frühere französische Ministerpräsident Caillaux hielt am Sonntag einen Vortrag über „Die großen Probleme der Weltkrisis“. Der Redner bezeichnete als eine Hauptursache der Wirtschaftskrisis die Zollstrafen und als Heilmittel ihre allmähliche Abschaffung in Europa. Es sei die Selbstherrlichkeit der einzelnen Staaten zu beschneiden und einen europäischen Weltmarkt anzurufen. Wir ständen in einer schweren Zeit, wo große Reformen gewagt und alles getan werden müsse, um unter gemeinsamen Vaterland, Europa, zu retten. Dieser bedeutsamen Aufgabe werde er, Caillaux, den Rest seines Lebens widmen. Er beklugte die einseitigen Tendenzen Europas gegenüber Amerika.

Paris, 24. Jan. Auf dem gestern hier abgehaltenen Jahreskongress der sozialistischen Liga ehemaliger Frontkämpfer wurde in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Revision der Friedensverträge gefordert.

Washington, 24. Jan. Senator Borah wandte sich in einer Erklärung gegen die von Logan in seiner Kammerrede gestellten Forderungen.

London, 24. Jan. Sir Josiah Stamp, der bekannte englische Nationalökonom, führte in einer Rede in Hull über die Reparationsfrage aus, das Problem sei niemals gewesen, was Deutschland zahlen könne, als vielmehr was die Gläubiger empfangen könnten. Es sei unerwünscht, zu behaupten, Deutschland könne unter keinen Umständen irgendwelche Reparationen zahlen, sonst würde es niemals wieder ein Land mit Auslandsanleihen sein. Deutschland könnte einen beträchtlichen Ausfuhrüberschuß erzielen, wenn die Welt gewisse Dinge osernte. Der Betrag, den Deutschland zahlen sollte, müße auf ein praktisches Maß herabgesetzt und Deutschland eine beträchtliche Zahlungsfrist eingeräumt werden.

Brüning's Antwort an Hitler

Wegen der Frage der Verlängerung der Amtsdauer des jetzigen Reichspräsidenten hatte Adolf Hitler an den Reichskanzler einen langen Brief gerichtet, der im Tone frech und seinem Inhalt echt hitlerisch demagogisch war. Natürlich hat Herr Hitler sofort auch sein Schreiben der Öffentlichkeit übergeben. Reichskanzler Brüning hat nun dem Naziführer in einem ebenfalls der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben geantwortet, in dem es u. a. heißt:

Sie begründen Ihre Haltung mit verfassungsrechtlichen und mit politischen Bedenken.

Ihre verfassungsrechtlichen Bedenken sind unzutreffend. Sie gehen von nicht zutreffenden Voraussetzungen aus:

Es hat sich niemals, wie Sie meinen, um ein „Aufheben“ der die Wahl des Reichspräsidenten betreffenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung gehandelt. Meine Absicht ging vielmehr von vornherein dahin, die Amtsdauer der geschäftlichen Gestalt des jetzigen Herrn Reichspräsidenten aus Gründen des Gesamtwohles des deutschen Volkes im Wege der Gelehrsamkeit zu verlängern.

Die Frage, ob eine derartige Verlängerung verfassungsrechtlich Bedenken unterliegt, ist selbstverständlich von der Reichsregierung geprüft worden. Nach dem Ergebnis dieser Prüfung ist die Verlängerung der Amtsdauer durch ein verfassungsänderndes Gesetz zulässig. Das ergibt sich aus Artikel 76 der Reichsverfassung, der ausdrücklich bestimmt, daß und in welchen Formen die gesetzgebenden Körperschaften die Verfassung ändern können. Um ein solches verfassungsänderndes Gesetz handelt es sich und nicht, wie Sie in Verkennung der Rechtslage anzunehmen scheinen, um eine „Wahl“ des Reichspräsidenten durch den Reichstag, durch die der Reichspräsident „den wechselnden Zufällen parlamentarischer Majoritäten ausgeliefert werden würde.“

Der Brief geht dann auch auf Hitlers politische Argumente ein, die der Kanzler in keiner Weise anerkennt, zumal Hitler in seinem Antwortschreiben an den Taktischen vorbeigehe.

Daß der Reichskanzler auch mit den Nationalsozialisten persönlich Fühlung nahm, um auf parlamentarischem und gleichzeitig verfassungsmäßigem Wege eine Verlängerung der Amtsdauer des jetzigen Reichspräsidenten zu ermöglichen, ist schließlich zu begreifen. Die Art und Weise aber, wie die Fühlungnahme erfolgt ist, war wieder einmal, wie so manches was in der letzten Zeit sowohl aus der Reichskanzlei wie vom Reichswehrministerium eingeleitet worden ist, weder glücklich angefangen noch zu Ende geführt worden. Daß aber der Reichskanzler auf einen anmaßenden Brief so lang und ausführlich antwortet, das ist schon weniger zu begreifen. Die Reichsregierung würde auch in ihrem Interesse wirklich gut daran tun, wenn sie den Nationalsozialisten gegenüber ein bißchen mehr Energie und etwas mehr Klarheit des Willens erkennen ließe.

Urteil im Kaphengst-Prozess

WTB, Altona, 23. Jan. Das Schwurgericht verurteilte Alfred Kaphengst, den Hersteller der Sprengstoffe für die Bombenanschläge in Schleswig-Holstein, Hannover und Oldenburg zu drei Jahren Zuchthaus.

Die Eiserne Front

Küstwoche der Eisernen Front vom 31. Januar bis 7. Februar

Eine Aufforderung an das ganze Volk

Die Eiserne Front, die in außerordentlich stark besuchten Versammlungen im ganzen Reich den Widerstandswillen der Republikaner aufreißt, wird in den nächsten Wochen ihre Tätigkeit noch verstärken. Sie marschiert in drei Kolonnen auf: den Reichsbannerformationen, den Arbeiterportalen und den gewerkschaftlichen Hammerschaften, das sind Organisationen der Gewerkschafter in den Betrieben im Rahmen der Eisernen Front. Diese drei Kolonnen sind untrennbar verbunden in dem Willen, die demokratische Verfassung, das Recht und die Freiheit der Arbeiterschaft und die des ganzen Volkes zu schützen gegen alle faschistischen Anschläge.

Der Bundesrat des Reichsbanners wird am 30. Januar zu einer feierlichen Sitzung in Berlin zusammentreten, um die Konstitution der Eisernen Front zu beschließen.

Vom 31. Januar bis zum 7. Februar wird unter dem Namen „Küstwoche der Eisernen Front“ das ganze freieitlich denkende Volk aufgerufen werden, sich für die Republik und für die Eiserne Front zu betennen. In dieser Woche werden überall Sammelstellen errichtet werden. Diese Sammelstellen werden den Namen „Küst am e r n der Eisernen Front“ führen. Sie werden in stärkstem Maße öffentlichgenannte eiserne Bücher ausliegen. Jeder, der sich zur Eisernen Front bekennt, jeder, der von dem entschlossenen Willen besetzt ist, alle faschistischen Anschläge zu verhindern, muß sich in diese Bücher eintragen. Die Eiserne Front wirbt um das öffentliche Bekenntnis aller Republikaner. Sie erwartet, daß jeder, der sich zu ihr bekennt, der an ihren Zielen mitarbeiten will, auch bereit ist, für ihre Arbeit ein wenig auch noch so geringes Opfer zu bringen. Die

Eiserne Front erwartet, daß in dieser Woche alle, die ein neues Bekenntnis zur Republik ablegen wollen, sich persönlich zu ihr betennen. Sie erwartet, daß ein jeder, auch der höchste Funktionär, persönlich in den Kustkammern seinen Namen einzeichnet und sein Opfer darbringen wird! Ihr Ruf wende sich nicht nur an die bereits organisatorisch Erfahrenen, er ergeht vielmehr an das ganze Volk! Alle Republikaner werden aufgerufen, sich an diesem Volksbegehren der Eisernen Front gegen den Faschismus zu beteiligen. In dieser Woche gilt es, den Freiheitswillen und das öffentliche Bekenntnis aller republikanisch Gesinnten zur demokratischen Republik zu bezeugen.

Der Kampf der Eisernen Front hat auch bereits Widerhall bis weit in die Reihen des Bürgertums hinein gefunden. Alle diejenigen, die nicht dem Massenwahn des Faschismus verfallen sind, denen es ernst ist um Recht und Freiheit, schließen sich immer mehr zusammen. Die jüngste Veranstaltung der republikanischen Presse in Berlin hat bezeugt, daß außerordentlich starke und einflussreiche öffentliche Kräfte bereit sind, sich wie ein Mann hinter die Regierung zu stellen, die für eine Sache des verfassungsmäßigen Rechts und der verfassungsmäßigen Freiheit eintritt. Durch ganz Deutschland und über Deutschlands Grenze hinaus wird die Erkenntnis wirken, daß die Deutschen nicht ein Volk von Knechten sind, die sich von politischen Abenteurern einer faschistischen Diktatur unterwerfen lassen, sondern daß ihre besten Kräfte zusammenstehen, um das Recht und die Freiheit zu verteidigen.

Die Lawine rollt bereits, obwohl die Aktion aller freieitlich gesinnten Kräfte sich erst im Aufgangskadum befindet.

Nazis und Stahlhelm

Der Rheinischen Zeitung geben fortgesetzt ohne ihr Zutun vertrauliche von den Rechtsparteien herausgegebene Briefe zu, in denen sich die Darsburger gegenseitig nach Kräften heruntermachen. Die Nationalsozialisten drohen in einem dieser Briefe jedem Mitglied mit Hinanwurf, das im Stahlhelm oder im Kriemhild-Bund bleibt. Besonders wichtig im Hinblick auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl ist ein vertraulicher Führerbrief des Bundesamtes des Stahlhelms. Der Brief, dessen Inhalt die Rheinische Zeitung gegen jedes Dementi aufrecht erhält, ist verantwortungslos und spielt mit dem Gedanken, durch einen Staatsstreich einen Abenteuerer auf den Präsidentensitz des Deutschen Reiches zu setzen. Zunächst wird in diesem Führerbrief berechnet, daß ein ausgesprochener Kandidat der nationalen Opposition etwa 15 Millionen Stimmen erreichen könnte. Eine Gegenkandidatur der Linken, für die Zentrum, Bayerische Volkspartei, Sozialdemokratie und mittelparteiliche Splittergruppen eintraten, würde es wahrscheinlich auf 14 Millionen Stimmen bringen. Die Kommunisten könnten für 14 Millionen Kandidaten Thälmann auf 6 Millionen Stimmen rechnen. Diese Aufstellung erweckt, daß die Kommunisten wahrscheinlich bei einer solchen Konstellation die Entscheidung wiederum in der Hand hätten. Es sei mehr als zweifelhaft, ob sie noch einmal wie bei der Hindenburgwahl durch das Festhalten ihres Kandidaten im zweiten Wahlgang die Wahl eines Rechtskandidaten ermöglichen würden.

In dem Brief wird dann wiederholt die grundsätzliche Generalschaft des Stahlhelms gegen die „parlamentarische Lösung der Präsidentenfrage“ betont. Im Verlaufe der letzten Verhandlungen hätten sich erhebliche Gegensätze zwischen Sugenberg und Hitler herausgebildet. In parlamentarischen Kreisen werde übrigens immer wieder gemunkelt, daß der Gedanke einer parlamentarischen Erledigung der Reichspräsidentenfrage entweder von Hindenburg selbst ausgingen sei, oder daß Hindenburg wenigstens in den langen Vorverhandlungen soweit zugestimmt habe, daß Gröner sein bekanntes Telegramm nach München habe richten können.

Am Schluß des Schreibens wird wörtlich ausgeführt: „Für unsere weitere Haltung sind folgende grundsätzliche Erwägungen maßgebend: Gegen die Gefahr, daß schließlich mit kommunistischer Hilfe ein Kandidat der Linken gewählt wird, ist die Wiederwahl Hindenburgs rein zahlenmäßig das beste Mittel. Die Bedenken gegen eine solche Entwicklung liegen vor allem im gegenwärtigen System, dann aber auch in der Wahrscheinlichkeit, daß von Deutschland in absehbarer Zeit die Entscheidung über einen neuen Reparationsplan verlangt wird. Die Verführung, einen Plan dieser Art anzunehmen, wenn er etwa nur die Lieferung von 300 Millionen Sachlieferungen jährlich vorsehe, wäre sehr groß. Die große Frage wäre dann, was Regierung und Reichspräsident in diesem Falle tun würden. Für uns steht fest, daß die wirkliche Sanierung erst beginnen kann, wenn die Regierung erklärt hat, daß sie für alle Zeiten keine Tribute mehr zahlen will. Falls sich ein mittelparteilicher Kandidat für die Reichspräsidentenwahl bilden sollte, würden wir eine solche parlamentarische Machenschaft genau so scharf ablehnen wie die Verlängerung der Amtsdauer Hindenburgs durch das Parlament. Es ist einfach nicht wahr, daß die Mittelparteien die beruflichen Mittel zwischen rechts und links sind. Diese parlamentarische Legende muß endlich einmal zerlegt werden.“

Der Brief zeigt, daß der Stahlhelm Hindenburg, sein Ehrenmitglied, höchstens als kleineres Übel gegen einen linken Republikaner für die neue Präsidentschaft bereithält. Im Grunde ihres Herzens haben die Stahlhelmer für Hindenburg nicht viel übrig. Der Brief verrät ferner Unsicherheit und Sorgen der Reichspräsidenten hinsichtlich der Präsidentschaftsfrage. Von Siegesgewißheit ist in dem Schreiben nichts zu hören. Die republikanische Front wird aus dem Brief lernen können.

Der fünfjahresplan im russischen Gesichtspunkt

Gefahren einer Fehlinvestition

Durch den führenden österreichischen Genossen Otto Bauer ist die Frage der Bedeutung des sowjetrussischen Fünfjahresplans wieder stärker ins Licht gerückt worden. Das starke Interesse, welches das im Diederichs Verlag erschienene Buch A. Jugows, „Fünfjahresplan“, in vielen Kreisen findet, verrät die Beachtung, die man dieser Frage schenkt. Da auch Sowjetrußland selbst weiß, was die Einstellung zum Fünfjahresplan für die psychologische Beurteilung Sowjetrußlands bedeutet, gibt es in eine mit Verlag für Literatur und Politik erschienenen Werk von G. Grinko „Der Fünfjahresplan der UdSSR“ eine Darstellung seiner Probleme vom Standpunkt Sowjetrußlands aus abgeben. In eingehendem Ueberblick behandelt das umfangreiche Werk die Geschichte der russischen Aufbauperiode in der Perspektive des industriellen Aufbaues, die Rationalisierung und Arbeiterfrage, den Aufstieg der Landwirtschaft und der sozialistischen Umgestaltung des Dorfes, die Entwicklungsprobleme des Transportwesens, des Wohnungsbaues und Städteproblems, kulturelle und soziale Probleme.

Begreiflicherweise steht der kommunistische Verfasser die Entwicklung in einem rosenfarbenen Licht, das auf seine Richtigkeit zu prüfen kaum möglich ist, da nur wenige Personen von sachlichen Qualitäten Sowjetrußland so genau kennen, um hierüber ein exaktes Urteil zu fällen. Im allgemeinen wird bekanntermaßen dem Fünfjahresplan ja ein günstiges Prognose gestellt, was allerdings auch heute schon von russischer Seite zugegeben wird, daß damit erst ein sehr kleiner Teil des wirtschaftlichen Aufstieges des riesenreiches in Angriff genommen ist. Es sind also — selbst wenn man den optimistischen Stimmen Rechnung trägt — noch große Schwierigkeiten zu überwinden, trotzdem der industrielle Aufbau Sowjetrußlands ähnlich wie seinerzeit die Industrialisierung Europas auf Kosten des Rohes der breiten Volksmassen geht, und man sich vielleicht eines Tages auch in Sowjetrußland lösen muß, daß ähnlich wie in der heutigen industrialisierten Welt Europas und Amerikas schließlich vielfach eine Fehlinvestition vorliegt. Wäre es nicht besser, wenn ein Land mit so gewaltigen Rohstoffreichtümern wie Sowjetrußland sich auf die moderne Bewertung dieser Rohstoffreichtümer einstellen würde, statt die heute bereits vorhandene Ueberindustrialisierung der Welt noch weiter zu treiben? — diese Fragen vorzulegen, wäre vielleicht für die russischen Interessen mehr am Platze als die unter gewaltigen Volksoptimismus betriebene Forcierung eines Industrialismus, der letzten Endes — gerade in einer zukünftigen sozialistischen Welt — nur eine Erschwerung weltwirtschaftlicher Zusammenarbeit bedeuten kann.

Ein neuer Fünfjahresplan

Die Tatsache der Schwierigkeiten einer raschen Umwandlung Sowjetrußlands in einen modernen technischen Wirtschaftskörper wird durch die soeben erfolgte Veröffentlichung der vom Politbüro des Zentralkomitees der kommunistischen Partei entworfenen Direktiven für einen zweiten Fünfjahresplan bestätigt. Die grundlegende Wirtschaftsaufgabe des zweiten Fünfjahresplans sei die Vollendung der Umgestaltung der gesamten Volkswirtschaft und die Schaffung der modernsten technischen Basis für sämtliche Wirtschaftszweige, insbesondere für die Maschinen- und energetische Industrie. Der Aufbau des Eisenbahnverkehrs soll die Beschleunigung des Aufstieges der Sowjetrepublik gewährleisten. In der Rohstoffindustrie ist eine weitestgehende Erweiterung der Produktion auf der Grundlage eines erheblichen Ausbaues der Rohstoffbasis vorzusehen. In der Landwirtschaft soll das Viehzuchtproblem durch Vermehrung der Viehbestände und Steigerung der Warenproduktion gelöst werden.

„Rotmord“?

Hakenkreuzler durch ihre Parteifreunde erschossen

Wieder ein Beispiel über den Hintergrund der nationalsozialistischen „Rotmord“-Tate

Essen, 23. Jan. Die Ermordung des Nationalsozialisten Guse ist nunmehr aufgeklärt. Als in der Mauerstraße Schüsse fielen, glaubten die Nationalsozialisten, daß sie ihnen gelten und erwiderten das Feuer, wobei Guse von einem Parteigenossen durch Mündenschuß getötet wurde.

Essen, 23. Jan. Die polizeilichen Ermittlungen über die Ermordung des 23jährigen Nationalsozialisten Guse der in der Nacht zum 21. Januar bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten ums Leben kam, haben dazu geführt, daß heute früh

neun an dieser Schlägerei beteiligte Nationalsozialisten festgenommen wurden. Wie das Polizeipräsidium hierzu mitteilt, hat die Vernehmung dieser neun, die heute nachmittag erfolgt ist.

starke Belastungsmomente gegen sie ergeben.

Drei von ihnen sind nachweislich und eingestandenemachen in dem Besitz von Schusswaffen gewesen. Einer der Beteiligten hat zugestanden, daß

einer seiner Parteigenossen im Besitz einer Selbstadepistole war, wie sie nach dem Gutachten des Sachverständigen zu dem tödlichen Schuß benützt wurde.

Katastrophe der kommunistischen Presse

Die Potemkinischen Dörfer der KPD.

Daß die Kommunisten immer mit Bluffziffern arbeiten, gleichgültig worum es sich handelt, ist hinlänglich bekannt. Ihre ganze Agitation geht ja nach dem System Potemkin. So kann man in ihren Blättern lesen, daß sie jeden Tag Dutzende von neuen Mitgliedern und Dutzende von neuen Abonnenten gewinnen. Zählte man einmal diese ihre „Gewinne“ auch nur für ein Jahr zusammen, so würden ihre jährlichen Zunahmen mehr betragen als ihr Gesamtbestand je an Mitgliedern und Abonnenten betrug.

Da ist es interessant, einmal eine Polemik zu verfolgen, die sich zwischen unserem „Hamburger Echo“ und dem dortigen Hamburger KPD-Blatt entsponnen hat. Daraus erfährt man, daß in einem für die KPD. so günstigen Bezirk wie Hamburg, das allein als Stadt 1,1 Millionen Einwohner hat, laut einem Bericht der kommunistischen Verlagszentrale UG., das KPD-Blatt lediglich etwa 8000 Abonnenten hat, wobei es im ersten Halbjahr 1931 nicht weniger als 1984 verloren hat. Ferner liest man im selben Rundschreiben, daß die

gesamte Auflage aller deutschen kommunistischen Hauptblätter und Kopfbücher

mit Einschluß des Straßenverkaufs Ende Januar 1931 insgesamt 240 384 und Ende Juni 1931 insgesamt 218 076 betrug. (Gegenüber weit über 1 100 000 Abonnenten der sozialdemokratischen Presse.) Der Brief an die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands sagt dann u. a. zu dieser Entwicklung: „Wie Sie sehen, nimmt der Abonnentenzugang jetzt bereits einen katastrophalen Umfang an.“ Demgegenüber erklärte das KPD-Blatt, daß der Straßenverkauf „allein weit höher“ sei, worauf das Echo wieder den KPD-Bericht zitiert, wonach der Straßenverkauf „nur etwa der siebte Teil der Gesamtanfrage“ sei. Auch dieses Beispiel beweist, daß die ganze kommunistische Agitation mit ihrem logenannanten organisierten und Pressezuwachs nichts ist als ein großer Schwindel: ein Täuschungsversuch an den anderen und zugleich ein ganz großer Selbstbetrug.

Die Eiserne front

In Magdeburg veranstaltete die Eiserne Front am Sonntag im Rahmen einer großen Sportkundgebung einen Aufmarsch, an dem etwa 6000-7000 Menschen teilnahmen.

Die Feier begann mit dem Aufmarsch mehrerer Sturmabteilungen des Reichsbanners. Anschließend nahm der Führer des Magdeburger Gewerkschaftsbundes, Kautler, das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß sich nunmehr allgemein der Wille zur Sicherung der Republik und zur Abwehr des nationalsozialistischen Terrors durchgesetzt habe. Die Eiserne Front suche den Zusammenschluß aller an den demokratischen und republikanischen Grundfragen interessierten Kräfte durchzuführen. Sie müsse eine so starke Ausdehnung erfahren, daß sie sich bis in das letzte Dorf und in den Städten bis in die kleinste Gasse erstrecke. Die Gegner, die heute noch die Eiserne Front verhöhnten, würden diesen Hohn bald verlieren.

In Berlin hat sich Ende der vergangenen Woche im Rahmen der Eiserne Front eine Motorstaffel gebildet, die bereits am ersten Tage 88 Automobile, 120 Motorräder und einige Sportflugzeuge zählte. Die Werbung für diese Motorstaffel in Grobberlin innerhalb der Eiserne Front wird fortgesetzt. Auch im übrigen Reich sollen ähnliche Motorstaffeln gebildet werden.

Gegen das Rindviehreiben in der Berliner Universität

ENA, Berlin, 24. Januar. Zwischen dem Rektor der Universität Berlin, Professor Dr. Kubers und dem Kommandeur der Schutzpolizei, Weimannsberg, hat eine ausführliche Besprechung über die zum Schutz der Universität zu ergreifenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde vereinbart, daß von nun an ständig acht Kriminalbeamte in der Universität stationiert werden, die gegebenenfalls jederzeit die Unterstützung der uniformierten Polizei herbeirufen können.

Goebbels-Skandal im Hellsdorf-Prozess

Unerhörte Beschimpfungen der Polizei im Gerichtssaal

Berlin, 23. Jan. Im Rurfürstendamm-Krawallprozeß führte die Zeugenvernehmung des Dr. Goebbels zu erregten Szenen. Landgerichtsdirektor Dibelorge fragte Dr. Goebbels, ob er von den Vorfällen des 12. September vorher Kenntnis hatte, und ob zwischen ihm und dem Grafen Helldorf oder anderen SA-Führern eine Besprechung abgehalten wurde.

Dr. Goebbels: Ich weiß, daß diese Behauptung im Polizeipräsidium aufgestellt worden ist. Ich sage nicht aus in einem Prozeß, in dem die öffentliche Unaufrichtigkeit auftritt.

Vorfragen der ermahnte den Zeugen, ruhiger zu antworten. Goebbels schreit fortwährend wilde Beschimpfungen gegen das Polizeipräsidium in den Saal und muß wiederholt erkräft werden, sich zu beherrschen.

Auch der Hinweis des Vorsitzenden, daß seine Aussage für Helldorf von großer Bedeutung sein kann, vermag Goebbels nicht zu beeinflussen, seine Aussage zu machen. Er betont, daß es sich hier um ein Prinzip handele, und sagt, die Frage wäre in fünf Minuten geklärt, wenn das Polizeipräsidium sich herbeilasse, seinen Vertrauensmann zu benennen.

Alles das sagt Goebbels in einem unerhörten Ton, bis der Staatsanwalt den Vorsitzenden bittet, den Zeugen Goebbels darauf hinzuweisen, daß er sich hier in einer vernünftigen Form äußern möge. Goebbels habe diesen Prozeß als öffentlichen Standart bezeichnet.

Goebbels widerspricht erregt und beschimpft weiterhin die Polizei. Es kommt durch das Eingreifen der Verteidigung zur für michigen Szenen über die fortwährenden Beschimpfungen, die Goebbels ausstößt.

Staatsanwalt Stenig stellt schließlich fest, daß Goebbels hier nur Zeuge ist und erlaßt den Vorsitzenden nochmals, diese Beschimpfungen des Polizeipräsidiums zu unterlassen.

Die Vernehmung von Goebbels bleibt ohne jedes Ergebnis, da Goebbels schließlich zu Protokoll gibt, daß er keine Aussage verweigere.

Frichs Wiedereinstellung ohne Wissen Helldofs?

Wie die Münchener Post mitteilt, legt Ministerpräsident Dr. Helldorf Wert auf die Feststellung, daß er in seiner amtlichen Eigenschaft weder von der Entlassung Dr. Frichs aus dem bayerischen Staatsdienst im Januar 1930 noch von seiner Wiedereinstellung im Januar 1932 etwas gewußt habe. Die letztere im Besonderen habe er wie die Öffentlichkeit selbst erst aus der Zeitung erfahren.

Sehr mit Recht trägt die Münchener Post nun, mer denn damit für diese skandalöse Personalpolitik die Verantwortung trage.

Neue Heimwehr-Putschpläne

Gegenmaßnahmen der österreichischen Sozialdemokratie

WIEN, 23. Jan. In einem Aufruf teilt die sozialdemokratische Parteiverwaltung mit, ihr seien verlässliche Mitteilungen zugegangen, daß die

Heimwehren ersthaft einen neuen Putsch betreiben. Für diesen werden Vorbereitungsmaßnahmen getroffen. Der Aufruf lautet u. a., alle sozialdemokratischen Bürgermeister und Ortsvorsitzende sind verpflichtet,

die am Putsch beteiligten Personen zu entwerfen und zu verhaften.

Die verfassungstreuen handelnden Personen sind zu unterstützen. Tritt der Schußbund in Aktion, hat er die örtlichen Behörden, Militärs und Gendarmerie zu verständigen, daß sein Vorgehen sich nur gegen die Hochverräter richtet. Alle Gewalttaten gegen unbeteiligte Bürger und Bauern sind unbedingt zu vermeiden. Im Falle eines Putschs haben die Eisenbahner jede Beförderung von Putschisten unbedingt zu verweigern.

WIEN, 24. Jan. (SPD.) Die Blätter melden, daß Starhemberg nach Berlin abgereist sei. Er wolle dort mit Hitler zusammenkommen.

Auflösung des Jesuitenordens in Spanien

PARIS, 24. Jan. Das gestern abend veröffentlichte Dekret über die Auflösung des Jesuitenordens bestimmt, daß die Mitglieder der Gesellschaft Jesu künftig weder in Gemeinschaften noch einzeln in Spanien leben dürfen. Der gesamte Besitz des Jesuitenordens wird beschlagnahmt. Die Regierung hat besonders den Gouverneuren der baskischen Provinzen Anweisung erteilt, auf Grund des Dekrets zu erwartende Unruhen rücksichtslos zu unterdrücken.

Vorgehen gegen die kommunistischen Gewerkschaften in Spanien

MADRID, 23. Jan. Die Verwaltungsräume der kommunistischen Gewerkschaften sind auf Regierungsbefehl geschlossen worden. In Sevilla sind, da Unruhen erwartet werden, sämtliche strategischen Punkte der Stadt durch Truppen besetzt worden.

Kommunistische Kundgebung vor Schweizer Kaiserin

WIEN, 23. Jan. In Zürich kam es zu einer kommunistischen Kundgebung vor der Schweizer Kaiserin. Zwei Soldaten hatten eine Unruhe erregt, weil sie bei einer antijesuitischen Demonstration in Uniform an der Spitze des Zuges marschiert waren. Zum Protest versammelten die Kommunisten eine Kundgebung vor der Kaiserin. Sie schlugen das Kaiserntor ein, wobei sie Schilderhänger als Sturmbrücke benutzten. Die Demonstranten wurden von einer in der Kaiserin postierten Polizeibatterie mit Schredschüssen empfangen. Vier Demonstranten wurden verletzt.

Opposition in der französischen Kammer

PARIS, 24. Jan. Die 261 Abgeordneten, die gestern bei der Abstimmung über die Tagesordnung Einfließen, für die die Regierung die Vertrauensfrage gestellt hatte, gegen die Regierung stimmten, verteilten sich auf folgende Parteien: 11 Kommunisten, 109 Sozialisten, 99 Radikale, 23 Sozialrepublikaner, 5 Radikale Linke, 9 unabhängige Linke, 5 Parteilose, 20 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten, und 13 waren beurlaubt.

Austritt Drummonds

Der Generalsekretär des Völkerverbundes, Sir Eric Drummond, wird Ende dieses Jahres zurücktreten. Er beschließt, gegenüber dem Völkerverbund eine entsprechende Erklärung abzugeben.

Verordnung über Düngemittel

Der Reichspräsident hat eine neue Rotverordnung erlassen, die den Besatz von Düngemitteln und Saatgut für die neue Ernte regelt.

Freistaat Baden

Sozialdemokratische Mietsenkungsaktion

Weitere Mietsenkung und Schutz des Neubaubestandes gefordert

Die Sozialdemokratische Fraktion des Badischen Landtags hat den nachstehenden Antrag im Landtag eingereicht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu erlauben:

1. Im Interesse der Erhaltung des Kleinwohnungs-Neubaubestandes und einer weiteren Senkung der Neubaubauskosten den Zinsfuß für die Baudarlehen aus Mitteln der Gebäudeversicherer von 3 auf 1 Prozent herabzusetzen.
2. Die Steuerfreiheit und Fälligkeit der Darlehensschuld bei allen mit öffentlichen Mitteln seit 1924 geförderten Wohnhäusern einheitlich auf 15 Jahre festzusetzen.
3. Unverschuldet in Gefahr geratene Neubaubesitzer von Kleinwohnungen, deren Besitz zwangsversteigert werden soll, vor Vermeidung der Zwangsversteigerung und Vermögensverflechtung die Zwangsverwaltung mit dem Ziel anzuordnen, dem Besitzer das Eigentum zu erhalten.
4. Im Hinblick auf die am 1. April ds. Js. in Kraft tretende Senkung der Gebäudesteuer von 20 Prozent bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß eine weitere entsprechende Senkung der Altbaumieten vorgenommen wird.
5. Zu prüfen, ob die Wohnungsverbände und verbandsfreie Gemeinden zu einer Gefahrengemeinschaft zusammengeschlossen werden können.

Geheime Treibereien der Nazis

Dr. Billingen, 22. Jan. Die Polizei mußte ein außerhalb der Stadt gelegenes Lokal, das Kuppelrestaurant, durchsuchen, weil in demselben die SA-Billinger hinter verschlossenen Türen und bei ausgefallenen Posten Versammlungen abhielt. Die Art der Zusammenkunft ließ auf gefährliche Handlungen schließen.

„Säuberung“

Dr. Mannheim, 22. Jan. Die Bezirksleitung der KPD hat — wie die Arbeiterzeitung meldet — in ihrer letzten Sitzung elf Mitglieder wegen parteiwidrigen Verhaltens und zwei weitere Mitglieder wegen Unterschlagung aus der Partei ausgeschlossen.

Verstärkte Bestimmungen im Kleingrenzverkehr

Auch deutschseits sind seit 15. Januar im Grenzverkehr mit der Schweiz verstärkte Bestimmungen in Kraft. Bisher durfte jeder, der schweizer Waren, mit Ausnahme von Brot und Mehl, über die Grenze bringen wollte, die Grenze an einem beliebigen Punkte überschreiten. Jetzt muß jeder, der schweizer Waren aus der Schweiz einbringt, diese auf einer Zollstraße und zur zollrechtlichen Tageszeit einführen. Auch die Kontrolle der Hausstandsarten ist verstärkt. Wer keine Hausstandsarten anderen auszubringen, wird bestraft und die Karte wird einseingogen. Fußgänger, Radfahrer, Kletterer und Kraftfahrer dürfen in Zukunft nur noch auf den Zollstraßen die Grenze überschreiten.

Arbeitslosigkeit und einzelne Erwerbszweige in Südwestdeutschland

Die Befragung des Arbeitsmarktes in der Industrie der Steine und Erden belief sich Mitte Januar auf 10 915 Personen. Für die badische Wasserzementindustrie erwartet man in den nächsten Wochen eine Besserung der Lage. Zahlenmäßig die stärkste Verschlechterung des Arbeitszweiges hat die metallverarbeitende und Maschinenindustrie zu verzeichnen. Mitte Januar waren hier 68 313 Arbeitslose vorhanden, d. h. 12 600 mehr als im Februar 1931 und 2800 mehr als am Jahresanfang. Die Mehrzahl der Betriebe der württembergischen Trikotwarenfabrikation ist durchweg noch gut beschäftigt. Dagegen hat die Beschäftigung der württembergischen Strickwarenindustrie weiter erheblich nachgelassen. Im Holz- und Schnitstoffgewerbe hat die Arbeitslosigkeit in den letzten vier Wochen verhältnismäßig die größte Steigerung erfahren; trotzdem ist wie in der Textilindustrie der Höchststand vom vorigen Winter noch nicht erreicht. In der badischen Sägewerksindustrie war stellenweise eine leichte Belebung zu beobachten. Im Bleichindustrie war die Entwicklung in der Holz- und Konfektionsindustrie weiter rückwärts, ebenso in den meisten Betrieben der Schuhindustrie. Im Baugewerbe ist der Arbeitslosenzustand auf rund 62 000 Mann — 55 500 Baubauarbeiter und 26 500 Baufeldarbeiter — angewachsen. Der Stand Mitte Januar d. J. blieb aber noch um 2000 Mann unter dem Höchststand im Februar d. J. Die Zahl der verlassenen Stellen suchenden aus den Angehörigen der Bauwirtschaft hat im Vergleich stark zugenommen. Bei den Arbeitsämtern Südwestdeutschlands waren Mitte Januar rund 28 000 Stellen suchende vorgezählt.

Vollstreckungsschutz für die Landwirtschaft

Der Dr. meldet: Die Not der Bauernstandes wächst von Tag zu Tag. Trotz des in der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eingeführten Vollstreckungsschutzes steht eine ständig wachsende Zahl von Bauernbetrieben unter starkem Gläubigerdruck, der die Willenstraft der Bauern lähmt und damit nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern darüber hinaus für die ganze Volkswirtschaft verhängnisvoll auswirken kann. In den allermeisten Fällen handelt es sich dabei um Betriebe, die völlig unverschuldet in Schwierigkeiten geraten sind. Die Ursache hierfür liegt in erster Linie in dem völligen Zerfall der Preise für die bäuerliche Erzeugnisse und dann in der Erntefatale des Jahres 1931 begründet. Daß sich die Verhältnisse in absehbarer Zeit von Grund auf ändern werden, kann leider nicht mehr erwartet werden, denn dafür fehlen fast alle Voraussetzungen. Es ist deshalb um so notwendiger, daß alle veterinären Maßnahmen, die für die Erhaltung der Landwirtschaft durchzuführen werden konnten, auch restlos ausgenutzt werden. Hierbei gehört vor allem der Schutz gegen die Zwangsversteigerung landwirtschaftlicher Betriebe. Voraussetzungen für die Gewährung des allgemeinen wirtschaftlichen Niederlags bedingt wurde. Diese Vorstreckung ist in der Mehrzahl der Fälle gegeben. An alle diese Betriebe wird das Erlöschen gerichtet, sich bei Androhung einer Zwangsversteigerung, die aus eigener Kraft nicht mehr abwendbar werden kann, sofort an das zuständige Bürgermeistertum oder unter genauer Darlegung der Verhältnisse an die badische Landwirtschaftskammer, Karlsruhe, Stefanienstraße 43, zu wenden, von wo aus sie nicht unentgeltlich Vorstreckung erhalten werden. Um Mißverständnisse auszuheben, sei darauf hingewiesen, daß der Vollstreckungsschutz die Betriebe selbstverständlich von ihren Verpflichtungen grundsätzlich nicht entbindet und daß die noch zahlungsfähigen Betriebe nach wie vor zur rechtzeitigen Zahlung verpflichtet sind.

Aus dem Gerichtssaal

Straferlschwerender Rückfall

Ein Jahr Gefängnis wegen Diebstahls einer Damenbohle und 5 Mark

Im Karlsruhe, 22. Januar. Wegen erschwerter Diebstahl im Rückfall stand der 22jährige vorbestrafte ledige Arbeiter Erich D. aus Durlach vor dem Einzelrichter. Er entwendete, wie er zunächst am 27. Dezember vorigen Jahres seiner Vermieterin in Durlach durch Erbrechen der Schlafzimmertüre eine neue Damenunterbohle die unter dem Christbaum lag, und aus dem Verstoß fünf Mark in bar. Das Geld wurde er in Karlsruhe in verschiedenen Wirtschaften wieder los. Die Unterbohle hat er offenbar einem weiblichen Wesen verlehrt. Er hatte auch den Küchenkratzen aufbrechen wollen, wobei die dabei verwendete Zelle abfiel. Der Staatsanwalt beantragte unter Zustimmung der Anklagebehörde die zehnjährige Freiheitsstrafe, die bei erschwerter Diebstahl im Rückfall ohne Rücksicht auf den geringen Wert der gestohlenen Gegenstände, ein Jahr Gefängnis beträgt. Das Gericht erkannte auf diese Strafe und rechnete die seit 29. Dezember verhängte Untersuchungshaft an. Der zur Ausführung des Diebstahls gebrauchte Dietrich wurde eingezogen.

Zwei „Sachverständige“ blamieren Karlsruhe

Im Karlsruhe, 21. Jan. Der 54jährige vorbestrafte Tagelöhner Karl A. von hier nennt sich Sachverständiger für Gartenarbeit; mit einem Kollegen, der die Leitung übernahm, d. h. wußte, hat er den Garten eines aus Köln kürzlich zugewanderten Zahnärztlers eingegeben. Ob sie sich für den Auftrag dazu hatten, steht dahin. Jedenfalls glauben sie eine Forderung für ihre Arbeit an den Zahnärztler geltend machen zu können. Nachdem sie sich in einer Wirtschaft mit einigen Viertel Mut angetrunken hatten und das Geld für weitere Ermüdung verbraucht war, beschloßen sie, in der Wohnung des Zahnärztlers vorzutreten, um ihre Forderung einzuliefern. Der der Wohnungstür ließ ihr Auftreten ohne weiteres erkennen, daß sie sich unter dem Eindruck des Alkohols standen. Der Wohnungsinhaber wies ihnen die Türe. Darauf wurden sie tätlich und ergingen sich in Schimpfworten, so daß zwei Polizeibeamte telefonisch herbeigerufen werden mußten. Deren Aufforderung, die Wohnung zu verlassen, leisteten sie keine Folge, sondern schlugen mit Fäusten auf die Beamten ein, und zerrissen ihnen die Uniform, so daß schließlich der Notruf alarmiert werden mußte. Unter Zuhilfenahme des Gummihüpfels wurden sie dann nach dem Notruf verbracht. Dem Vorfalle wohnte eine hundertköpfige Menschenmenge bei.

Beide Missetäter erhielten wegen Widerstand und Hausfriedensbruch Strafverurteilung über je 25 Tage Gefängnis. A. erhob dagegen Einspruch. Mit großem Wohlwollen suchte der Richter Klar zu machen, daß er mit der ganzen Sache nichts zu tun habe. Er habe schließlich kein Geld für die Gartenarbeit haben wollen.

Richter: „Eines schönen Tages gehen Sie her und räumen eine Wohnung aus und verlangen dann Umsatzzinsen von 100 Mark über Sie schneiden einem unangeforderte die Haare und wollen dafür bezahlt werden? Es wurde Ihnen ja nicht gegeben, den Garten umzugraben.“

Als Zeugen werden dann die Zahnärztlerschleuse vernommen. Die Frau befindet sich, in welcher gemeiner Weise sie von den Eindringlingen beschuldigt wurde.

Richter: „Da werden Sie einen schönen Eindruck von den Karlsruheern bekommen haben?“

SA-Raufbolde

Nationalsozialistische Ausschreitungen in Staßfurt

Im Karlsruhe, 22. Januar. Wie lehrerseit berichtet, kam es am 28. Juni vorigen Jahres in Staßfurt zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen uniformierten Nationalsozialisten und Staßfurter Bürgern. Eine SA-Abteilung des Sturmes 39 aus Karlsruhe wurde ohne Einladung der Veranstalter in Staßfurt erschienen, um an der Denkmalweihe teilzunehmen. Das Mitmarschieren im Umzug wurde ihr untersagt, worauf die Abteilung für sich einen Umzug veranstaltete. Im Streitfall kam es zu einer ersten Auseinandersetzung, als einige SA-Angehörige einem auf Besuch in Staßfurt weilenden Reichwehrlieutenant das Seitengewehr abnahmen, worauf dem Soldaten einige hiesige Bürger zu Hilfe eilten. Die weiterhin sich abspielenden Tätlichkeiten führten dazu, daß nach verheerlichen Bemühungen des Bürgermeisters, die Ruhe wiederherzustellen, der Notruf alarmiert wurde, der aber nicht erschien, worauf die Gendarmerei verständigt wurde.

Diese Vorfälle bildeten heute Gegenstand einer Verhandlung vor dem Amtsgericht beim Amtsrichter Karlsruhe (Vorstand: Amtsgerichtsrat Badtisch). Wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt waren der 31jährige ledige Hilfsarbeiter Heinrich Scheidhauer aus Staßfurt, der ledige Kaufmann Erik Aniel aus Karlsruhe, der 41jährige vorbestrafte verheiratete Maurer Josef Roth aus Karlsruhe und der 41 Jahre alte Landwirt Albert Wilhelm Ernst aus Staßfurt. Aniel tritt gleichzeitig als Nebenkläger gegen Ernst und Roth auf.

Scheidhauer wird zur Last gelegt, am 28. Juni in Staßfurt im Hofe des Landwirts Ernst im Zusammenwirken mit mehreren nationalsozialistischen Parteigenossen auf Julius Haut mit Pfeilen eingeschlagen zu haben. Roth und Aniel werden beschuldigt, am gleichen Tage zusammen mit anderen Nationalsozialisten auf den Landwirt Ernst eingeschlagen zu haben. Ernst hat nach der Anklage dem Mißgefallenen Aniel mit einer Mistgabel einen Stich in die rechte Handseite versetzt.

Scheidhauer gibt an, daß bei der Schlägerei im Hofe des Ernst von uniformierten Nationalsozialisten auf Haut eingeschlagen wurde.

Er selbst habe mit einer Baumhufe drangeschlagen.

Aniel gibt an, er sei zu der Denkmalweihe in Staßfurt von nationalsozialistischen Parteifreunden eingeladen worden, sei aber nicht in Uniform gewesen. Einer von zwei Reichwehrlieutenants habe sein Seitengewehr blank in der Hand gehalten. Sie standen in der Nähe des Ernstigen Anwehns. Ernst habe ihm einen Stich mit der Mistgabel in die Handseite beigebracht. Dann sei er (Aniel) weggeführt worden und habe sich nicht weiter beteiligt.

Roth gibt an, die Nationalsozialisten hätten Mistgabeln gehabt; er habe zwei Stiche davon bekommen. Er habe dann nicht mehr zusehen können und sei weggegangen.

Ernst hat, wie die Nationalsozialisten den Mist Haut gegen eine Wand drängten. Er rief ihnen zu: „Wui, ichämt euch!“ Darauf tritt er nach einer Mistgabel, um sich gegen die gegen ihn vorstehenden Nationalsozialisten zu wehren. Er habe im Hofe nach der Mistgabel gegriffen, weil er einen Schlag bekommen habe. Ein Nationalsozialist sei ungeschickt in die Gabel hineingekommen. Er habe dann auf den Kopf bekommen. Mit Einem und Gleichem sei er mißhandelt geschlagen worden; daran hätten sich nur Uniformierte beteiligt. Schon nach den ersten Schlägen sei er aufammengebrochen und habe nichts mehr gesehen.

Starke Räte für die Haut nicht gut. Schützen Sie sich durch Verwendung der gegen die Hölle der Haut so erfolgreichen Creme Leodor, rote Packung fettfrei — blaue Packung fettig. Unter-Vorkriegspreise. Versuch abzugeben.

Zensur: „Und ob!“

Die Zeugin bekundet weiter, daß der Angeklagte gedroht habe, die Bude kaputt zu schlagen.

Angeklagter: „Ich will in den Boden versinken, wenn ich in der Wohnung war!“

Richter: „Bleiben Sie nur mal da.“

Die Beweisaufnahme erweist zweifelsfrei, daß sich der Angeklagte des Widerstands und Hausfriedensbruchs schuldig gemacht hat. Demgemäß befälligte das Gericht die durch Strafbefehl ausgesprochene Gefängnisstrafe von 25 Tagen.

Gerissener Heiratschwindler

Im Karlsruhe, 22. Januar. Unter der Anklage wegen mehrfachen Betrugs und erschwerter Urkundenfälschung stand vor der Großen Strafkammer der 44jährige verwitwete frühere Hotelier Ernst Aulch aus Bretten-Freimant, der am 9. Dezember vom Schöffengericht Karlsruhe zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde und gegen das Urteil Berufung eingelegt hat. Der Angeklagte lernte im Frühjahr 1929 in Durlach eine 46jährige Witwe kennen, mit der er sich anfreundete. Er gab sich den Anschein eines wohlhabenden Mannes; er machte ihr vor, er könne bei der Zwangsversteigerung eines Grundstückes 4000 Mark verdienen, die er mit ihr teilen wolle. Die Witwe ließ sich bewegen, ihm zur Durchführung dieses Geschäftes ein Darlehen von 10 000 Mark zu gewährleisten, die der Schwindler für seine eigenen Zwecke verwendete und nicht wieder zurückzahlte. Im September begann er ein Verhältnis mit einer 35jährigen Gastwirtsangehörigen von hier, mit der er sich verlobte und der er die Heirat versprochen. Er machte sie glauben, daß er in Freiburg ein Hotel kaufen könne, mit dem sie sich eine gemeinsame Existenz gründen wollten. Um den Kauf perfekt zu machen, opferte sie ihm ihre ganzen Ersparnisse in Höhe von 3500 Mark, für die er als Sicherheit einen wertvollen Grundschuldbrief hinaab. Während er noch mit der Kellnerin verlobt war, handelte er mit einer neichiedenen 35 Jahre alten Frau in Forstheim an, mit der er sich ebenfalls verlobte; er künderte ihr vor, er wolle ein großes Hotel in Baiel kaufen und ließ sich von ihr Wechsel über 2200 Mark ausstellen; insgesamt ist sie um über 3000 Mark geschädigt worden. Während dieser Zeit unterhielt er noch mit einer Frau in Hamburg ein Verhältnis. Der Angeklagte hat sich noch einer Reihe weiterer Betrügereien und Darlehensbetriegen schuldig gemacht. In einem Gasthause in Weingarten wohnte er als „Oberlehrer Köhler aus Mosbach“, wo er bei dem Verzuge, zu verduften, festgenommen wurde. In Forstheim hatte er in einem Hotel vorübergehend gewohnt und war unter Zurücklassung eines wertvollen Koffers und einer Geldsumme von 16,50 Mark verschwunden. In Baiel schwindelte er einem Kaufmann 50 Franken ab.

Der Anklagevertreter, Staatsanwalt Zimmerer, beantragte Verurteilung der Berufung des Angeklagten und stellte die Erhöhung der Strafe in das Ermessen des Gerichts. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Klump, beantragte Freisprechung. Nach einhelliger Beratung verkündete das Berufungsgericht das Urteil: Auf die Berufung der Staatsanwaltschaft und des Angeklagten wird das Urteil des Schöffengerichts vom 9. Dezember dahin abgeändert, daß der Angeklagte wegen erschwerter Urkunde, mehrfachen Betrugs, Verleib in einem Falle mit erschwerter Urkundenfälschung zur Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten verurteilt wird. Auf die erkannte Strafe wird die vom 27. August bis heute erlittene Untersuchungshaft angerechnet.

Bezirksarzt Medizinrat Dr. Croissant hat die Verletzten untersucht. Bei Haut stellte er blutunterlaufene Stellen, Abschürfungen und Striemen fest, auch bei Ernst waren Verletzungen zu beobachten. Josef Roth hatte einen Stich über dem Stirnbein und Aniel war ebenfalls mit einer Mistgabel gestochen. Bei keinem der Verletzten war ein Dauerichaden zu konstatieren.

In der Beweisaufnahme wurde ein Duzend Zeugen gehört, ohne daß der genaue Sachverhalt aufgeklärt werden konnte. Der Zeuge Schlosser Julius Haut stand vor dem Hofe des Ernst, als die Nationalsozialisten kamen. Julius Ernst lag am Boden, Ernst sei von ihnen verbannt worden. Der Zeuge habe abwehren wollen — er habe dann nichts mehr gesehen, nur noch geulirt.

Bürgermeister Seidt von Staßfurt sah, als die Schlägereien begannen, mit Mitgliedern des Artilleriebundes im „Schwanen“. Ein Nationalsozialist in Uniform, so gibt der Bürgermeister weiter an, sei in den Hof gekommen und habe verschiedene Leute zugezogen.

„Mensch los!“

Daraus schloß der Bürgermeister, daß etwas nicht lauter sei. Er ergaß dann nach dem Befehl, wo die Nationalsozialisten versammelt waren. Er forderte deren Führer auf, das Dorf sofort zu verlassen. Ein älterer Herr wurde gerade verbunden; dieser hatte einen Schlag auf den Kopf erhalten. Julius Haut und Karl Stober hatten schon blutige Köpfe.

Wilt Haut wurde gerade von den Nationalsozialisten verbannt. Sie standen mit Mistgabeln in der Hand da.

Der Bürgermeister forderte sie auf, die Gabeln herauszugeben. Es wurde ihm erklärt, sie würden die Gabeln mitnehmen nach Karlsruhe. Er habe nochmals zum Verlassen des Ortes aufgefordert.

Auf ein Kommando des Führers seien die Nationalsozialisten plötzlich gemeinsam auf die Zivilbevölkerung losgegangen.

Der Führer gab ein zweites Signal, kommandierte „lebri“, worauf die Nationalsozialisten abmarschiert seien. Einer sei mit einer Gießkanne auf Wilhelm Ernst losgegangen. Der Bürgermeister stellte sich zu seinem Schutz dazwischen. Ein Nationalsozialist hieb Wilhelm Ernst mit einem Prügel über den Kopf, so daß er zu Boden fiel.

Schlummer könne man mit einem Stück Vieh nicht umgehen.

Der Bürgermeister ging darauf aus Rathaus, um den Karlsruheer Notruf zu alarmieren. Von Karlsruhe erhielt er die Mitteilung, erst die Gendarmerei zu verständigen, was dann geschah.

Das Gericht verurteilte Scheidhauer und Ernst wegen gefährlicher Körperverletzung zu je einem Monat Gefängnis; die Angeklagten Aniel und Roth wurden mangels Beweises freigesprochen. Zur Begründung des Urteils führte der Richter aus: Es handelt sich hier um ganz erhebliche Ausschreitungen von Nationalsozialisten in Staßfurt. Ausschreitungen sind auch von anderer Seite vorgenommen. Wer schuld ist an diesen Dingen, war nicht zu entscheiden. Wie immer in derartigen Fällen, ist der Sachverhalt recht wenig geklärt und wie immer kommen nur wenige Angeklagte auf die Anklagebank und vielleicht die am wenigsten beteiligten, während die Hauptschuldigen leer ausgehen. So hat sich ergeben, daß Scheidhauer den Haut geschlagen hat mit einem Prügel. Das gibt er zu. Er hat außerdem gemeinschaftlich mit mehreren anderen Nationalsozialisten geschlagen; das ist gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung. Weiter hat Albert Wilhelm Ernst den Aniel mit einer Gabel gestochen.

Badischer Städteverband

Der Badische Städteverband hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Freiburg eine Vorstandssitzung ab, wobei in erster Linie die gegenwärtige allgemeine Finanzlage der Städte beraten wurde. Trotz wiederholter erheblicher Kürzung aller Gehälter und Löhne und trotz rigoröser Drosselung aller sachlichen Ausgaben ist nicht abzusehen, wie der erforderliche Haushaltsausgleich bei der fortgesetzten Schrumpfung aller Einnahmen und weiteren Steigerung der Wohlfahrtslasten ohne eine durchgreifende Reichshilfe geschaffen werden soll. Welche starke Lastenverchiebung zwischen der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und den Gemeinden eingetreten ist, ergibt sich daraus, daß in den 16 verbandsfreien Städten Badens Ende Dezember 1930 rund 26.000, Ende November 1931 dagegen nur 19.000, also 7.000 Personen weniger in Alt-Franken, während gleichzeitig die Wohlfahrtsleistungen von 18.400 auf 25.000 und die Kru-Empfänger von 8200 auf 19.800 angewachsen sind!

Nachdem im Rechnungsjahre 1931 bereits die Realsteuern gekürzt werden mußten, soll nun im Jahre 1932 auch noch die Gebäudesteuer um 20 Prozent herabgesetzt werden, ohne daß den Gemeinden ein Ersatz für den hierdurch entstehenden Ausfall geboten wird. Ueberdies muß in dem nächsten Jahre aus der Gebäudesteuer ein Betrag von etwa 3,5 Millionen Reichsmark zur Umschuldung der kurzfristigen Gemeindeanleihen abgezweigt werden, wodurch eine weitere Schwächung des für den allgemeinen Finanzbedarf und den Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Steueraufkommens eintritt. Bei der Regierung ist der Antrag zu stellen, daß dieser Umschuldungsbetrag anteilmäßig vom Land und den Gemeinden anteilig geht. Dies erscheint schon deshalb als gerechtfertigt, weil das Land seit Beginn des Rechnungsjahres 1931 aus seinem Steueranteile für den Wohnungsbau der Gemeinden nichts mehr zur Verfügung gestellt hat.

Des weiteren wurde die Forderung des Neubauschickes behandelt, die auch durch die Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 keine grundlegende Besserung erfahren hat. Weitere Hilfsmaßnahmen sind daher notwendig. Da den Städten die Mittel zu solchen Maßnahmen fehlen, wird bei dem Landtag der Antrag gestellt, die Zins- und Tilgungssätze für die Baubarleihen, die das Land an die Städte und Wohnungsbände gegeben hat, weitestgehend zu ermäßigen. Die Erparnisse hieraus werden dann die Städte zu einer entsprechenden Senkung der Zins- und Tilgungssätze der von ihnen den Bauherren gewährten Baubarleihen verwenden.

Die badischen Städte haben sich vor einiger Zeit zur einheitlichen Regelung ihres Revisionswesens in dem „Revisionsverband Bad. Städte und Stadtgemeinden“ zusammengeschlossen und die Revisionsstelle des Badischen Sparfassen- und Giroverbandes mit der Durchführung der Rechnungsprüfung beauftragt. Für die Revision der Werke ist überdies bei dem Deutschen Städteverband die „Wirtschaftsberatung deutscher Städte A.G.“ ins Leben gerufen worden. Beide Stellen haben bereits eine Reihe der dem Städteverband und Städtebund angeschlossenen Stadtverwaltungen und Betriebe geprüft. Gegen die Absicht der Regierung, die Prüfung der Gemeindefinanzverhältnisse durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu übertragen, ist daher nachdrücklich Stellung zu nehmen. Ein solcher Ausbau des Rechnungswesens wäre durch keinerlei sachliche Bedürfnisse zu begründen und würde lediglich eine Ueberorganisation und Aufblähung des staatlichen Verwaltungsapparates auf Kosten der Städte darstellen.

Auf dem Gebiete des Schulwesens sind die Städte trotz ihrer großen Notlage in dem letzten Jahre durch verschiedene Maßnahmen des Landes in untragbarer Weise belastet worden. Namentlich stellt der Lehrerbetrag, der nach dem Notgesetz vom 9. Juli 1931 für jede Lehrerstelle an das Land zu entrichten ist, eine ganz außerordentliche Belastung dar, die die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Standes der Volks- und Fortbildungsschulen unmöglich macht. An die Regierung wird daher erneut der Antrag gerichtet, die Lehrerbeträge wieder aufzuheben. Nachdem ferner das Land keine Beteiligung an dem Aufwand für die Fortbildungsschulen durch die Haushaltsnotverordnung mehr erheblich vermindert hat, muß mit Rücksicht auf die große finanzielle Notlage der Gemeinden empfohlen werden, den Unterricht an den Fortbildungsschulen auf die Mindestzahl der Wochenunterrichtsstunden zu beschränken.

Von den zahlreichen Forderungen nach zur Verhandlung stehenden Punkten ist vor allem zu erwähnen, daß die Städte erneut Maßnahmen zur Bekämpfung der Brandgefahr auf dem Land fordern. Im Jahre 1930 haben die 12 größten Städte des Landes 3,85 Millionen Mark an Umlage für die Badische Gebäudeversicherungsanstalt aufgebracht. Dagegen entfielen auf sie von dem Gesamtbetrag an Schadensersatzleistungen in Höhe von 7,2 Millionen nur 0,68 Millionen. Die 12 Städte haben also das sechsfache des Betrages an Umlage gezahlt, der ihnen an Brandentschädigung vergütet wurde. Diese unbillige Lastenverteilung muß daher alsbald beseitigt werden.

Aus aller Welt

Schwere Zuchthausrevolte in England

Im Zuchthaus von Dart Moor unternahmen etwa 400 Straflinge beim Kirchgang einen Aufruhrversuch, wobei sie auch das Zuchthaus in Brand zu stecken versuchten. Der Aufruhr wurde mit Hilfe eines großen Polizeieinsatzes unterdrückt. 20 Strafgefangene wurden dabei erheblich verletzt.

Extremismus oder Trunkenheit

WIB. Dresden, 24. Jan. Am Sonntag früh gegen 4 Uhr bemerkten zwei Schutzpolizisten auf ihrer Streife, daß an der Christuskirche in Dresden-Sireben sämtliche Fenstergehänge, darunter auch solche mit wertvollen Glasmalereien, durch Steinwürfe zertrümmert waren. Die Beamten suchten das Gelände ab und es gelang ihnen, einen jungen Mann festzuhalten, der noch zehn kausstgroße Steine bei sich hatte. Im Laufe des Sonntag konnte noch ein weiterer Täter festgenommen werden. Es handelt sich um einen 28 Jahre alten „Schriftsteller“ und einen 24jährigen angeblichen Architekt. Sie gaben bei ihrer Vernehmung an, linksradikalistischen Ideen zu huldigen, jedoch nicht Mitglieder der KPD zu sein. Sie behaupten, ihre Tat in Trunkenheit begangen zu haben.

Bankier Paul Warburg gestorben

WIB. New York, 24. Jan. Der bekannte Bankier Paul Warburg ist heute abend 77 Jahre alt gestorben. Noch im vergangenen Jahre trat Paul Warburg energisch für moralische und materielle Hilfe an Deutschland ein.

Korell geht in den Pfarrdienst zurück

D3. Darmstadt, 23. Jan. Wie wir erfahren, hat sich der frühere bismarckische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Korell, vor einiger Zeit um die Wiederübertragung einer Pfarrstelle beworben.

Revision eines Todesurteils

WIB. Weinstadt, 22. Jan. Der Weber Gustav Nischen aus Stetten (Baden) war am 9. Oktober 1931 vom Schwurgericht Freiburg wegen Mordes zum Tode verurteilt worden, weil er seinem unehelichen Kind, das er angeblich nicht ernähren konnte, Salzsäure in die Milchflasche geschüttet hatte. Dieses Urteil ist heute vom Reichsgericht wegen eines durchgreifenden Prozeßverstoßes aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen worden. Dem Schwurgericht ist insofern ein Versehen unterlaufen, als der maßgebliche Sitzungsplan, der der Vorinstanz des 88 des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechend vom Präsidenten des Landgerichtes genehmigt werden muß, infolge einer notwendig gemachten Umstellung lediglich auf Beschluß des Schwurgerichtspräsidenten eine Änderung erfahren hat, was an sich unzulässig ist.

Kleine badische Chronik

Politischer Raufputz

5. Grünwettersbach, 22. Jan. In der Nacht vom 20. auf 21. d. M. wurde auf dem Fußballplatz des Arb.-Turn- und Sportvereins e. V. der auf dem Platz befindliche Umkleideraum zerstört und halb abgebrochen. Daß es sich hier um einen politischen Raufputz handelt, ist außer allem Zweifel. Hoffentlich geht es, diese lausbubische Tat aufzuklären.

Unglücksfall

5. Grünwettersbach, 22. Jan. Die Ehefrau des Drechslehrenbesizers Rudolf Mangold brachte beim Futter schneiden die rechte Hand in die Futterschneidmaschine, wobei der Zeigefinger Mittelfinger abgerissen wurde. Die Verletzte fand Aufnahme im Städt. Krankenhaus Durlach.

Mörder für geisteskrank erklärt

Offenburg, 23. Jan. Der Jagdaufsicher Spinner von Marlen, der in der Nacht des ersten Weihnachtstages 1931 den ledigen Weberarbeiter Zimmermann im Hofe eines Offenburgs Gaishauses durch mehrere Messerstiche tötete, und in der Illenaun auf seinen Geisteszustand untersucht worden ist, ist durch ärztliches Gutachten für geisteskrank erklärt worden, so daß nach § 51 StGB. eine Strafverfolgung nicht eintritt. Der Haftbefehl ist bereits aufgehoben worden. Spinner wird in der Anstalt verbleiben.

Die Kinderhand in der Steinfalle

* Kippoldau, 23. Jan. Dieser Tage machte sich ein 15-jähriger Knabe an einer Steinfalle zu schaffen. Dabei schlug die Falle auf ihn und riß ihm den rechten Ringfinger der rechten Hand ab. Ein Verbandsarzt traf niemand, da der Knabe die aufgestellte Falle trotz Verwarnung zum Spielen benutzte.

Verkehrsunfall

* Forst bei Bruchsal, 23. Jan. Der 16 Jahre alte Lehrling Wilh. Bauer wollte mit seinem Fahrrad aus der Straße in den Hof einer Nebenstraße in die Landstraße einbiegen. Hierbei wurde er von einem gerade passierenden Auto erfasst und zur Seite geschleudert. Mit einem Oberschenkelbruch wurde der junge Mann schwer verletzt in das Bruchsaler Spital verbracht.

Er wollte ins Wasser

Die Freie Presse in Forstheim meldet: Ein aufsehenerregender Vorfall spielte sich letzten Donnerstag vormittag um 10 Uhr am Enzweiersee vor dem Elektrizitätswerk ab. Der nicht ganz unbekannt nationalsozialistische „Politiker“ Karl Burger sprang kurz vor dem Meer vor den Augen der Strahenpostanten ins Wasser, wahrscheinlich, um sich zu ertränken. Natürlich sprangen die Zuschauer sofort herbei und — ob Tüde des Schicksals — der Reichsbannermann und Arbeiterkamerader S. war der erste, der vor dem schon im Wasser liegenden heruntergeriet und ihn trotz Gegenwehr solange vor dem Versinken beharrte, bis Hilfe aus dem Elektrizitätswerk geholt war. Mittels Leitern holte man den Gestreteten aus dem nassen Element und schaffte ihn per Krankenauto in das städtische Krankenhaus.

i. Dettingen. Die Schulmutterträge für Arbeitslose haben jetzt hier begonnen und geben den zahlreichen Arbeitslosen an Plätze so Gelegenheit, ihr Wissen zu vertiefen und ihre Zeit nutz- und gewinnbringend anzunehmen. Im ersten Vortrage, in dem Hauptlehrer B. u. d. r. sprach, wurde aus der deutschen Geschichte der Abschnitt von 1815 bis 1919 behandelt und in schönen Lichtbildern der Stoff noch mehr veranschaulicht.

* Waldkirch, Freitag abend halb 10 Uhr, führte der bei der hiesigen Kunstbläse seit mehreren Jahren beschäftigte verheiratete Arbeiter Georg Röhig in Kleidach in der Hauptstraße der Stadt mit seinem Motorrad. Er erlitt dabei einen Schädelbruch und ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, gestorben.

* Kollmann, 23. Jan. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr auf der Jahnsstraße bei der Hofmayer Knecht. Der 30 Jahre alte ledige Alfred Treiser wurde von einem Auto erfasst und überfahren. Seine Verletzungen waren so schwer, daß er eine Stunde später starb. Die Auto-

insassen kümmerten sich nicht um den Ueberfahrenen und fuhrn unerkannt weiter. Ein später des Weges kommender Radfahrer fand Treiser und verständigte die Gendarmen in Krozingen.

Die Zeitungs-Katalog 1932. Soeben ist die neue 57. Ausgabe des Zeitungskataloges der Via Anzeigen-Vertriebsgesellschaft für das Jahr 1932 erschienen. In der neuen Ausgabe haben in gewohnter sorgfältiger und sorgfältiger Bearbeitung die während des Jahres zahlreich erfolgten Neuerwerbungen, Abgänge und Veränderungen auf dem Gebiete des Zeitungsvertriebes des In- und Auslandes Berücksichtigung gefunden. Das in neuem, geschmackvollem Gewande erschienene und reichhaltige Inhaltsverzeichnis ist ein zuverlässiges und unentbehrliches Hilfsmittel für jeden Interessenten. Im Geleitwort zu dem Kataloge sagt die Via: „Die Vertriebs- und Vertriebsleistung, die die Zeitung im Sinne der Erfüllung möglichst vieler Wünsche der Abonnenten und einer möglichst intensiven Bearbeitung des Werbevertriebes auszuüben imstande ist, stellt die höchste Würdigung für die Verantwortlichen dieses Vertriebes dar. Das Vertriebs- und Vertriebsleistung ist immer am besten durch den besten Träger des Werbevertriebes, die Zeitung, zu erreichen. Insbesondere ist die Zeitung im Vertriebsvermögen unentbehrlich und unerlässlich.“ Zutreffender kann der Wert der Zeitungsanleihe nicht ausgedrückt werden. Die neue Ausgabe des Kataloges ist daher nur zu begrüßen.

Das Monatel und die Schweiz

Herr v. Hol-Pohl ist pensionierter deutscher General. Seit Beginn der Weimarer Zeit er in der Schweiz, bekommt aus Deutschland keine Pension und muß dazu in Deutschland seine Geschäfte als Vertreter einer deutschen Weinfirma. Er ist ein alter Vertreter. Wenn er die Kameraden vom Leutnant bis zum Hauptmann besuchte, dann füllten sich diese geschmeichelt und geben entweder freiwillig einen Auftrag, oder sie bestellen loszulaufen befehlsmäßig. Auch die alten Generale lassen ihren Kameraden nicht im Stich. Nur bei den früheren Stabsoffizieren will es nicht recht klappen. Wenn man etwa ein Major a. D. ablehnt und sagt: „Ich bedaure, Herr General, das Geld ist knapp und ich muß lieber sparen“, dann kommt dem Herrn General keine bekannte Schmeichelei zumute. Man läßt er zuerst sein Monatel fallen, trägt es geschickt auf, klemmt es wieder ins Auge und antwortet: „Richtig, diese Marke ist unattraktiv und kostet nur zwei-hunderttausend. Wieviel Flaschen lassen Sie, Herr Kamerad?“ Solcher Lichtheit ist einfach nicht zu widerstehen. Auch der Herr Major bestellt dann ein Kisten billigen Wein, entweder weil er den Stoff schließlich doch gebrauchen kann, oder (in Gedanken) um den schwerhörigen Patron los zu sein. Gegen diese Meinung läßt sich nichts einwenden, zumal Major immer eine eigene Meinung haben und auch haben müssen, Major a. D. aber erst recht. Dem General a. D. Wein und Weinigkeit aber diese Meinung ganz gleichgültig. Der Auftrag und die verbundene Provision ist ihm die Hauptsache.

Doch gehört diese Geschäftstätigkeit des Generals a. D. zum Keimer unterer Geschichte. In diesem Keimer spielt das erwähnte Monatel die geschäftliche Rolle und gehört mit zum Verkaufsprinzip. Wenn er dieses Monatel nicht tragen würde, dann wäre er eben nur Weinigkeit wie jeder andere seiner Kollegen, der vor dem Glasbehälter bis zur Ablehnung warten muß. Dann aber öffnet das Monatel die wichtige Vorläufe. Die Salontafel öffnet dann vollends die Kisten mit der Aufschrift: v. Hol-Pohl, Generalmajor a. D.

Auffallend ist nun, daß der General, bevor er abends die Grenze überschreitet, das Einmal immer entfernt. Wie er in Deutschland nie ohne ein Monatel gehen wird, so sieht man ihn in der Schweiz nie mit Monatel. Sind in der Eidgenossenschaft die Kameraden nisse anders? Oder ändert sich hier das Gebührende? Auch seine Freunde und Kameraden haben an dieser Tatsache schon bemerkt, gerätselt und sich dabei erinnert, daß er früher auch in der Schweiz das Einmal trug.

Dann traf in einem kleinen Schweizerort am Bodensee ein deutscher Oberst a. D. den General a. D. Er trug kein Monatel. Die Kameraden traten sie zusammen einen Schoppen Wein, tranken alter Freundschaft, denn einfluss waren sie zusammen Oberst und General, und schied sich dann der General nach dem Oberst über. Der Oberst fragte den General: „Sagen Sie, Herr Kamerad, haben Sie in der Schweiz die Welt ohne Monatel ebenso gut wie in Deutschland mit dem Monatel?“ Die Frage war laut und deutlich gestellt, das ist der bekannte Schmeichelei nicht übergegangen werden konnte. Darauf lächelte der General und antwortete: „Vom Schenken dabei die einzige Rolle, daß man hierzulande das Monatel nicht gerne liebt.“

Volkswirtschaft

Bierpreise und Brauindustrie in Baden

Es wird uns geschrieben: Der Reichspräsidentenrat hat die Bierpreisregelung für Süddeutschland den hierfür bestellten Sonderkommissionen überlassen, vor allem in Berücksichtigung der Tatsache, daß vornehmlich in den süddeutschen Weinbaugebieten die Brauerien ganz besonders notleidend sind, da hier der Biersteuernrückgang geradezu erschreckende Ausmaße angenommen hat. Nach den amtlichen Befürchtungen belief sich die Bierabgabenerhöhung in Baden im letzten Kalenderjahresjahr (1. 10. bis 31. 12. 31) auf 46 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres, auf 57 Prozent gegenüber 1929 und auf 62 Prozent im Vergleich zu 1928. Seit Beginn dieses Jahres ist hierin keine Besserung eingetreten, ganz im Gegenteil. Somit ist der Ausfall der badischen Brauereien 4 des Vorjahres vor 3 Jahren und auf 1/4 der Vorkriegserzeugung gesunken!

Textilkrise im Elsaß

WIB. Mülhausen i. O., 22. Jan. Die Handelskammer von Mülhausen hat an den französischen Handelsminister eine Eingabe gerichtet, um die Aufmerksamkeiten der Regierung auf die schon kritischer werdende Lage der Baumwollindustrie im Elsaß zu lenken. In der betreffenden Eingabe werden zunächst die verschiedenen Maßnahmen aufgezählt, welche die Industrien bereits ergreifen haben, um aus eigener Kraft die Lage wieder in Ordnung zu bringen. Das sind namentlich folgende: Neuerliche Einschränkung der allgemeinen Betriebskosten, Kurzarbeit, um so die massenweise Personalentlassung zu verhüten, Ausföhrung von Beschlüssen auch mit Verlust, um eine völlige Stilllegung der Betriebe zu verhindern, und systematischer Kampf gegen die ausländische Konkurrenz.

Die Handelskammer protestiert gegen die Maßnahmen anderer Regierungen des Auslandes, welche die französischen Güterden Handelsminister, während die ausländischen Güterden frei und ungehindert aus Frankreich herausgeholt werden können. Die Handelskammer verlangt ferner die Berücksichtigung des Textils über die Gründung von Kompetitionstafeln, die dieser Tage erst in Aussicht genommen worden ist. Sie verlangt ferner wirksamere Schutz für die französische Industrie durch

Rückgängigkeit der Handelsverträge, welche Frankreich binden und durch die es nach Ansicht der Mülhauser Handelskammer oft möglich ist, seine Rechte ohne Gegenleistung preiszugeben. Die Handelskammer protestiert auch gegen den Mißbrauch, der mit der Preisbegünstigungsklausel getrieben werde, die heute eine gefährliche Formel sei. Sie verlangt auch die

Rückgängigkeit der Handelsverträge, welche Frankreich binden und durch die es nach Ansicht der Mülhauser Handelskammer oft möglich ist, seine Rechte ohne Gegenleistung preiszugeben. Die Handelskammer protestiert auch gegen den Mißbrauch, der mit der Preisbegünstigungsklausel getrieben werde, die heute eine gefährliche Formel sei. Sie verlangt auch die

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß unsere Generalversammlung morgen Dienstag, 26. Januar, abends halb 8 Uhr, im Heim, Pfaffenstr. 3 (Hinterhaus) stattfindet. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht, 2. Rollenbericht, 3. Rechnungsbericht des Vorstandes. Wir bitten unsere Mitglieder um pünktliches und vollständiges Erscheinen.

Sport

Aus anderen Verbänden

Süddeutsche Weichschiff. FC. Forstheim — FC. Karlsruhe 3: 3. FC. Rastatt — Bayern München 1: 5. SpVg. Rastatt — Karlsruher FC. 1: 1. 1860 München — SpB. Stuttgart 4: 1. Um den Verbandspokal: FC. Freiburg — SpVg. Schramberg 3: 4. FC. Rastatt — FC. Rastatt 3: 3. FC. Rastatt — FC. Rastatt 1: 2. Stuttgarter Adlers — Germania Weisingen 2: 0. FC. Heidenheim — FC. Weidenheim 2: 2. Sportf. Gillingen — Union Weidenheim 3: 3. Kreisliga: FC. Rastatt — Forstheim 1: 4. Weisingen — Weisingen 6: 2. Durrerheim — Forstheim 2: 2. Guggenau — Weisingen 2: 1. Achl — SpVg. Baden-Weiden 1: 2. Kreisliga: Durlach — Durlach 2: 3. Rastatt — Durlach 2: 2. Gillingen — Germania Durlach 2: 1. Karlsruhe — Weisingen 2: 0. Weisingen — Durlach 3: 2. Gillingen — Rastatt 2: 0. Weisingen — Weisingen 0: 4. Offenburg — Weisingen 3: 1. SpB. Weisingen — Weisingen 5: 1. FC. Rastatt — SpB. Emmendingen 8: 0.

De 4 Jellen 28 Pfg. die Zeit. Vereinsanzeiger De 5 u. mehr Jellen 60 Pfg. die Zeit. Vereinsanzeiger haben unter dieser Rubrik in der Regel ihre Aufnahme, oder werden veröffentlicht.

Karlsruhe. Naturfreunde. Heute 8 Uhr Umlaufschiffung. Detauschieß. Karlsruhe-Durlach-Gillingen. Heute, Montag, abends 7 Uhr, findet in unserem Volkshaus Delegiertenversammlung statt. Es ist Pflicht der Delegierten, vollständig zu erscheinen. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Durlach. Wasserportverein. Samstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, Generalversammlung im Lokal „Zum Tannhäuser“. Anträge sind bis zum 28. Januar bei dem 1. Vorstand abzugeben. Der Vorstand.

Auskünfte der Redaktion. Durlach. Gemeindefachbericht ist nicht lesbar, es kann deshalb nicht aufgenommen werden.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

25. Januar 1932.

1077 Heinrich IV. Kanossagang. — 1759 Schott, Dichter Rob. Burns. — 1866 *Belasteter Sozialist Emilie Vanderveide. — 1871 *Wilhelm Weitling. — 1890 Reichstag vertritt in 3. Lesung Verlangung des Sozialistengesetzes. — 1907 Totentotentwähl. — 1931 Indien: Ghandi freigelassen.

Aus der Praxis des Fürsorgeamts

Wie werden Beschwerdefälle behandelt?

Vom Rat Haus wird uns u. a. geschrieben: Bei der großen Zahl der vom Fürsorgeamt betreuten Personen ist es nicht zu vermeiden, daß auch viele Klagen und Beschwerden über ungenügende Unterstützung oder nicht ordnungsmäßige Behandlung erhoben werden. Die Gesetzgebung hat diesen besonderen Verhältnissen auch Rechnung getragen und in den für die öffentliche Fürsorge maßgebenden Verordnungen Bestimmungen getroffen, die die Fürsorgeempfänger vorsehen. Als erste Instanz ist ein Einspruch auszuheben, der aus in der Fürsorge erfahrenen Männern und Frauen sowie aus Vertretern der Hilfsbedürftigen bzw. deren Organisationen zusammengesetzt ist. Gegen die Entscheidung auf den Einspruch ist die Beschwerde zugelassen. Für den hiesigen Fürsorgeverband ist der Stadtrat die Beschwerdestanz, die endgültig entscheidet.

Wie sieht es in der Praxis aus? Nehmen die Fürsorgeempfänger die Beschwerdeinstanzen in Anspruch? Viele Fürsorgeempfänger, die ihre Unterstützung für zu niedrig angesehen halten, fangen zunächst einmal kräftig zu schimpfen an. Dies ist verständlich und kann, soweit die Beamten des Fürsorgeamts nicht beleidigt werden, auch ertragen werden. Nachdem man sich gründlich durch Schimpfen Luft gemacht hat, geht man sich in Bewegung und bespricht nacheinander die bekannten Stadträte, Stadtverordneten, Landtagsabgeordneten oder sonstige einflussreiche Personen; auch der Gang zum Landeskommissar und zum Ministerium des Innern ist hier sehr beliebt. Der Erfolg dieses Vorgehens besteht darin, daß dem Fürsorgeamt unendlich viel unnötige Arbeit entfällt; dem Fürsorgeempfänger aber ist damit nicht geholfen. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß über einen Fürsorgeempfänger an 10 bis 12 verschiedenen Stellen Auskunft gegeben werden muß. Ebenso kommt es nicht selten vor, daß vom Fürsorgeamt auf Grund der vielen Anfragen über den einzelnen Fürsorgeempfänger eingehenden Prüfung die Unterstützung herabgesetzt werden muß.

Es ist deshalb sowohl für den Fürsorgeempfänger wie auch für das Fürsorgeamt das Zweckmäßigste, wenn dem Fürsorgeempfänger empfohlen wird, sich in Beschwerdefällen an die Instanzen zu wenden, die zur Erledigung von Beschwerden regelmäßig berufen sind.

Bürgersteuer und Kurzarbeiter

Sozialdemokratischer Vorschlag

Um die Härten zu mildern, welche bei Innehaltung der jetzigen Zahlungsansprüche für Kurzarbeiter entstehen, ist der Stadtrat mit dem Deutschen Städtebund in Verbindung getreten. Als vorbereitende Maßnahme wird beschlossen, für Kurzarbeiter den am 24. Januar fälligen 2. Zahlungstermin ausfallen zu lassen. Näheres ergibt eine Bekanntmachung. Dieser Beschluß des Stadtrates ist auf die Initiative der Freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion zurückzuführen. Erfreulicherweise hat der Stadtrat dem Antrag der Sozialdemokratie zugestimmt.

Der Reichskommissar für Preislenkung regelt auch den Milchpreis

In Stuttgart sind die Milchpreise auf Veranlassung des Reichskommissars für Preislenkung ab 20. d. M. herabgesetzt worden. Milch im Laden ab sofort kostet jetzt 26 Pf. pro Liter. Bei Zuzahlung ins Haus 27 Pf. Wenn wird in Karlsruhe der Milchpreis gesenkt und wann wird die Milch bei Abholung im Laden billiger?

Ernennung des Gemeinderichters und seiner Stellvertreter

Mit sofortiger Wirkung soll nach dem Beschluß des Stadtrats Gerichtsassessor Dr. Erwin Gaber, a. 3. beim Grundbuchamt beauftragt, zum Stellvertreter des Gemeinderichters ernannt werden, und zwar für die Zeit bis zum 1. April ds. Js.

An der Begründung zu dieser Vorlage führt der Stadtrat aus: Durch Gemeinderichters vom 12. Juli 1927 ist dem Stadtratsrat Dr. Fichtl das Amt eines Gemeinderichters übertragen und zu seinen Stellvertretern sind die Stadtratsräte Herrmann, Gut und Reich ernannt worden. Der Verfall des Amtes durch Zurechnung aus dem städtischen Dienst ausgeschieden. Stadtoberrechtlich Herrmann ist von der Staatsregierung zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Durlach ernannt worden und wird dieses Amt am 25. Januar d. J. antreten. Stadtratsrat Dr. Fichtl wird durch seine Tätigkeit als Vorstand des Fürsorgeamts sehr stark in Anspruch genommen und kann sich für das Gemeinderichtersamt nur in geringem Umfang frei machen. Stadtratsrat Gut hat zu seiner bisherigen Tätigkeit einen Teil der Arbeit des ausgeschiedenen Stadtratsrats Herrmann zu übernehmen und wird dadurch verhindert, die Geschäfte des Gemeinderichters in dem nötigen Umfang zu versehen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Veränderung des städtischen Ausführungsgesetzes zu den Reichsjustizgesetzen vom 30. April 1931 die Zuständigkeit des Gemeinderichters in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bis zu einem Streitwert von 100 RM. erweitert worden ist. Diese Gesetzesänderung hat zur Folge, daß sich die Arbeit des Gemeinderichters seit Mai 1931 gegenüber dem früheren Zustand nahezu verdoppelt hat.

Es wird nötig sein, für eine ordnungsmäßige Bekleidung des Gemeinderichters darüber zu sorgen, daß an Stelle eines jetzt bei der Stadtverwaltung beschäftigten Referendars künftig ein Assessor anstellt wird, welcher infolge seiner Befähigung zum Richteramt als Vertreter des Vorsitzenden einen großen Teil der Geschäfte des Gemeinderichters zu beorgen in der Lage ist. Die endgültige Entscheidung hierüber soll erst erfolgen, wenn das Grundbuchamt in staatliche Verwaltung übergeht, also voraussichtlich zum 1. April d. J. Es ist aber nötig, für die Zwischenzeit eine vorläufige Anweisung zu schaffen, weil sonst die Versorgung der gemeinderichtlichen Geschäfte in Gefahr liegt. Ein Ausweg erabte sich dadurch, daß vorläufig der seit Ende Dezember v. J. als Stellvertreter beim Grundbuchamt beschäftigte Assessor Dr. Gaber einen Teil der Arbeiten des Gemeinderichters übernimmt. Die Bestellung eines Stellvertreters für den Gemeinderichter bedarf der Zustimmung des Bürgerausschusses.

Neuer Währungsplan

Das Ankurbelungsprojekt Professor Wagemanns zur Kredit- und Bankreform

Da sich Deutschland keine Inflation leisten kann, werden alle Wege versucht, um aus der furchtbaren Geldflut herauszukommen. Es ist nunmehr unter der Leitung des Präsidenten des Statistischen Reichsamts, Professor Dr. Wagemann in Verbindung mit anderen Persönlichkeiten wie Bachem, W. Unger, W. V. Moellendorf, Hermann Schmitz, W. Vogel und O. V. Zwiabined-Südenhord ein Plan ausgearbeitet worden, der mit irgendwelchen Inflationsexperimenten nichts zu tun hat, dagegen vor allem eine Reform der Bankpolitik erstrebt.

Die Vorschläge werden unter folgenden Hauptpunkten zusammengefaßt:

1. Neuordnung der Reichsbank.
2. Umgestaltung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand.
3. Reform der Giralverfassung in Verbindung mit einer Umgestaltung des Banksystems und
4. Ordnungsgemäße Abwicklung der bereits effektiv eingetretenen Kapitalverluste.

Wagemann geht davon aus, daß zwischen dem erwerbswirtschaftlichen Geld, d. h. dem Geldumlauf, der zur Bedienung der Zahlungsbedürfnisse der Unternehmungen dient, und dem Konsumtengeld ein grundlegender Unterschied besteht, und daß das Verhältnis zwischen den beiden Geldarten sich in den letzten Jahrzehnten verschoben habe.

Wagemann schlägt nun vor, diejenigen Banteinlagen, die als Zahlungsmittel fungieren, aus dem Risiko des Gesamtschäfts herauszunehmen und einer Sonderregelung zu unterwerfen. Der übrige Teil des Bankgeschäftes, der sich auf anderen Einlagen aufbaut, soll in stärkerem Maße als bisher auf die eigentlichen Aufgaben des Kreditbankgeschäfts, d. h. also auf die Gewährung echten bankmäßigen Betriebskredits abgestellt werden.

Die vorgeschlagene Notenbankreform steht mit der Aenderung der Giralverfassung im Zusammenhang. Während einerseits die Girogelder der Reichsbank in die bisherige 40proz. Deckungsordnung einbezogen werden sollen, soll auf der anderen Seite für die Zahlungsmittel der Konsumsphäre, also für Kleingeldstücke Noten bis zur Höhe von 50 RM. und, wie bisher, für Scheidegeld keine Gold- und Devisendeckung bestehen. Dies wird damit begründet, daß diese Gelder auf den Raum der Volkswirtschaft beschränkt sind, während die Zahlungsmittel der Erwerbsphäre auch die aus dem Außenhandel hervorgehenden Umsätze zu bewältigen haben. Das Kon-

summentengeld — Wagemann besitzert es mit rund 3 Milliarden Reichsmark — soll dazu dienen, eingetragene Kurzcredite der öffentlichen Hand in Anleihen umzuwandeln, also einen weiteren Programmpunkt zu erfüllen.

Dabei ist jedoch nicht daran gedacht, zusätzliches Geld in den Verkehr zu bringen, vielmehr sollen die Anleihen bei der Reichsbank an die Stelle der bisherigen Finanzwechsel treten, so daß also nur eine Liquiditätsänderung beim Noteninstitut und bei seinen Schuldnern die Folge wäre. Soweit Konsumtengeld, d. h. Kleingeldstücke, Noten, über den Betrag von 3 Milliarden RM. hinaus im Verkehr sind, sollen sie gleichfalls teilweise durch Wertpapiere abgedeckt werden können. Dadurch soll die Möglichkeit geschaffen werden, ähnlich dem in angelsächsischen Ländern gebräuchlichen Verfahren, eine offene Marktpolitik zu treiben. Zurüglich sollen das erwerbswirtschaftliche und das Konsumtengeld sich dadurch unterscheiden, daß nur für Girogelder bei der Reichsbank und für große Noten gesetzliche Zahlungsmittel statuiert wird, während die kleinen Noten eine beschränkte Zahlungsstrafe erhalten, aber natürlich jederzeit in große Noten verandelt werden können.

Für die Abwicklung der bereits eingetretenen Kapitalverluste denkt Wagemann an ein ähnliches Verfahren, wie es der italienische Staat gegenüber der Banca Commerciale angewendet hat. Beim Neuaufbau der Giralverfassung sollen zunächst die Giralfonten unter Zuhilfenahme eines besonderen Schlüssels, der sich aus der Umschlaghäufigkeit ergeben würde, aus dem gegenwärtigen Depostengeld abgepalten werden.

Es besteht kein Zweifel, daß es sich hier um einen ersten Plan handelt, der aber auch selbstverständlich die allergrößte Prüfung verlangt.

Zweifellos ist der Wagemann-Plan besser durchdacht als die meisten Wunderrezepte, die uns empfohlen werden. Aber dennoch scheint uns auch dieser Plan sehr gefährlich. Begründung: Wert wäre natürlich die bessere Kontrolle der Kreditgewährung an die Wirtschaft. Aber dieser Vorteil wird wieder wettgemacht dadurch, daß die Zweiteilung des Geldes in gold- oder devisenbedecktes Giralgeld und in weniger gut gedeckte Kleinnoten, größte Gefahren in sich birgt. Die Wahrscheinlichkeit, oder muß man nicht sogar sagen Sicherheit, besteht, daß das schlechter gedeckte Konsumtengeld als weniger wertvoll betrachtet wird, daß eine Flucht aus diesem Geld einsetzt und die Warenpreise jedenfalls für dieses Konsumtengeld steigen. Die Gefahren der Inflation werden also trotz aller Bemühungen nicht ausgeschlossen.

Veranstaltungen

Badische Heimat, Ortsgruppe Karlsruhe. Am Rahmen des Vortragsplans wird am Montag, den 25. Januar 1932, Frä. Dr. phil. Gerda Richter, im Saale der Handelskammer, abends 8.15 Uhr, einen Vortrag über: „Badische Landwirtschaft der Romantik“ Die bekannte badische Kunsthistorikerin ist auf Grund ihrer eingehenden und umfassenden Studien im besonderen befähigt, den Hörern diese Zeit im Ausdruck eines Kulturgeschehens durch Wort und Bild zu veranschaulichen. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist auch für Gäste frei. Mitglieder nebst Angehörigen sind herzlich eingeladen.

Tageskalender

der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Diesem Tag Teilnehmer am Schulungstages des Gen. Rudolf Weimar, welche an der Bildung einer Arbeitgemeinschaft interessiert sind, werden gebeten, sich möglichst bald auf dem Parteisekretariat zu melden.

Referentenkurs

Wir haben unsere Arbeit wieder begonnen und treffen uns jeden Montag, abends 8 Uhr im Saal des JdV. im Zimmer der sozialistischen Studentenschaft.

Sozialdemokratische Bürgerausschussfraktion

Wittwoch, 27. Jan., nachmittags 3.30 Uhr, im Stadtratsgebäude, Saal Fraktionsitzung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen.

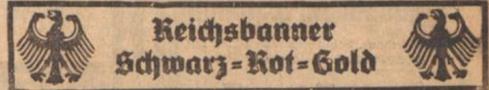
Programm für die Frauenleseabende vom 25. bis 30. Januar
Bezirk Mühlburg-Gleinwinkel, Hardtschule, Montag: Der Wandel der Sittenbegriffe. Referent: Gen. Direktor Schulz. Dienstag: Das Fürsorgeamt der Stadt Karlsruhe. Referent: Gen. G. Erb.
Bezirk Durlach, Volkshaus, Dienstag: Die deutsche Sozialgeschichte. Referent: Gen. W. Koch.
Bezirk Oststadt: Karl-Wilhelm-Schule, Dienstag: Was bieten die Konsumgenossenschaften den Arbeiterfrauen? Referent: Gen. Böhringer.
Bezirk Südstadt, Volkshaus, Dienstag: Die Entfaltung und Entwicklung der Partei. Referent: Gen. Trints.
Bezirk Mit., Mittel- und Südweststadt, Arbeiterwohlfahrt, Donnerstag: Die sozialdemokratische Frauenbewegung. Referentin: Gen. Stadträtin Müller.
Bezirk Weststadt: Gutenbergschule, Freitag: Die ökonomische und soziale Lage der Hausangestellten. Referentin: Genossin Wagner.

Bezirk Mühlburg

Den Parteigenossen und Genossinnen zur Kenntnis, daß unsere Bezirksgeneralsammlung am Montag, den 1. Febr., abends 8 Uhr, im Lokal zum „Hirs“ stattfindet. Um pünktlichen Besuch und mündliche Weiterverbreitung unter den Parteimitgliedern wird erl. Auskünfte sind bis 30. Januar an den Genossen Genh, Pannenstraße 37, einzufenden.

Bezirk Müppurr

Wichtige Ausschusssitzung am Montag, 25. Januar, 20 Uhr, bei Gen. Dillpert, Kleiststraße 10a. Die Unterbezirksführer sollen erscheinen.



Wittwoch, den 27. Januar, findet im Cielanten, abends 8 Uhr, ein Vortrag des Kameraden Dr. Nordmann statt. Alle Mitglieder, aktive wie passive, werden aufgefordert, den dritten Vortrag in unserer Vortragsreihe „Die politische Geschichte Deutschlands“ vollständig zu besuchen.

(.) Die Karlsruher Notgemeinschaft sucht Lehrbücher.

Für die 3. stattfindende Kurse für jugendliche Erwerbslose in verschiedenen Fremdsprachen, die von dem Ausschuss für Bildungsmaßnahmen der Karlsruher Notgemeinschaft eingerichtet wurden, werden noch Lehrbücher benötigt und zwar besteht dringender Bedarf an den beiden englischen Büchern: „Einde, Lehrbuch der englischen Sprache 1. und 2. Teil, sowie: „Daustrecht, Die Enallish Subent und English Scholer. Entbehrliche Ausgaben dieser beiden Bücher werden im Interesse der Weiterbildung von erwerbslosen Jugendlichen dankend entgegengenommen. Es wird gebeten, die Bücher beim Hausvater der Jugendberühme im Rufensheim an der Ecke Müppurrer- und Baumwälderstraße abzugeben.

(.) Zweite badische Mastschweinechau in Karlsruhe. Dieser Tage veranstaltete die Bad. Landwirtschaftskammer gemeinsam mit dem Landesfleischwirtschaftsverband im Städt. Schlacht- und Viehhof in Karlsruhe die zweite badische Mastschweinechau. Aufgetrieben waren 60 Tiere, die teils der Rasse des deutschen weißen Edelschweines und teils der Rasse des deutschen veredelten Landfischweines angehörten. Für beste Gesamtleistung wurde ein Siegerchampion der Merionischen Gutsverwertung Rittnerhof für das deutsche weiße Edelschwein und der Graf. Douglasische Gutsverwertung Langenstein für das deutsche veredelte Landfischweine zerkannt. Bei der Preisverteilung unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Graf Douglas wurde festgestellt, daß der Anteil der badischen Schweine auf den Hauptmärkten von 3 Prozent vor dem Kriege auf etwa 20 Prozent gestiegen ist. Der Besuch der Ausstellung war befriedigend.

(.) Ein 70jähriger. Am heutigen Tage feiert ein Bürger unserer Stadt, Herr Kaufmann Jakob Löwe, Kaiserstraße 46, in bewundernswürdiger geistiger und körperlicher Frische seinen 70. Geburtstag. Herr Löwe gehört zu den Demokraten vom alten Schrot und Korn. Die Vereinigung mit den damaligen Freisinnigen hat er nicht aufgegeben und auch den Rechtskurs nicht mitgemacht. Seine Stimme bei den politischen Wahlen vor deshalb seiner Partei mit hundert Prozent nicht sicher. Herr Löwe ist auch langjähriger Abonnetter unserer Zeitung. Wir nehmen deshalb gern Berücksichtigung, Herrn Löwe zu seinem heutigen 70. Geburtstag unsere herzlichste Gratulation darzubringen und hoffen, daß der Wunsch, daß es Herrn Löwe vergönnt sein möge, in gleicher geistiger und körperlicher Frische seinen 80. Geburtstag im Kreise seiner Familienangehörigen zu begehen.

A D G B., Ortsausschuß Karlsruhe, Durlach Eillingen

Montag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, findet in unserem Volkshaus Delegiertenversammlung statt. Es ist Pflicht der Delegierten, vollständig zu erscheinen. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben.

Die Polizei berichtet:

Berkehrsunfall

Am Marktplatz stieß ein Lastkraftwagen, dessen Führer die Verkehrsregeln nicht beachtete, mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Der Zusammenstoß, der einen Sachschaden von etwa 150 M. zur Folge hatte, störte den Straßenbahnbetrieb auf etwa eine Viertelstunde.

Autodiebstahl

Gestern abend wurde der Personkraftwagen Nr. II A 15 959, der in der Akademiestraße aufgestellt war, von einem bis jetzt noch unbekanntem Täter entwendet.

Schlägereien

In den beiden vergangenen Nächten mußte die Polizei in mehreren Fällen von Körperverletzungen, Bedrohungen, Rufschädigungen und großen Unfug einwirken. In einem Fall wurde einem verheirateten Schriftsteller von hier das Handgelenk zertrümmert, so daß er nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte.

